

AUGUST 2013

1914 – 2014

GRUNDLAGENPAPIER ÖSTERREICHISCHER WISSENSCHAFTLERINNEN UND
WISSENSCHAFTLER AUS ANLASS DES GEDENKENS DES AUSBRUCHS DES
ERSTEN WELTKRIEGS VOR 100 JAHREN

INITIIERT VON:

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

 Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten

BM.I



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES



bm:uk  Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur

BM.W_F^a

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

1. Motivenbericht und Einleitung.....	3
2. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Ein Überblick (Manfried Rauchensteiner)	4
3. Über die Kriegsschuld (Helmut Konrad).....	8
4. Demokratie, Krieg und Frieden. Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen des Ersten Weltkriegs (Anton Pelinka)	11
5. „Das Befreiende der mutigen Tat“: Die „dunkle“ Seite der Wiener Moderne um 1914 (Oliver Rathkolb).....	14
6. Soziale Militarisierung (Christa Hämmerle)	16
7. Der Krieg und die Medien (Wolfgang Maderthaner).....	19
8. Fronterfahrung (Helmut Konrad)	22
9. Kriegführung und humanitäre Folgen (Verena Moritz)	25
10. Frauen- und Geschlechtergeschichte des Ersten Weltkriegs (Christa Hämmerle, Gabriella Hauch)	27
11. Folgen des Ersten Weltkriegs (Stefan Karner).....	30
12. Nachwirkungen der „Fronterfahrung“ des Ersten Weltkriegs auf die Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit (Verena Moritz).....	33
13. Der Erste Weltkrieg im Gedächtnis Österreichs und (Zentral-)Europas – Gedächtnistraditionen in (trans)nationaler Perspektive (Heidemarie Uhl).....	36
Anhang: Chronik des Ersten Weltkriegs mit besonderer Berücksichtigung Österreich-Ungarns.....	40

Im Jahre 2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum hundertsten Mal. Auf Initiative des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten haben daher sechs Ressorts (BKA, BMeiA, BMI, BMLVS, BMUKK, BMWF) dieses Grundlagenpapier bei namhaften österreichischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Auftrag gegeben, um PolitikerInnen, den VertreterInnen Österreichs an den Botschaften im Ausland sowie den VertreterInnen der einzelnen Ministerien eine konzise Informationshilfe über die wesentlichen Themen zu bieten, mit denen sich die jüngste Forschung im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg auseinandersetzt. Es handelt sich dabei um eine Arbeit aus österreichischer Sicht und in europäischer Perspektive, die in den allgemeinen historischen Hintergrund eingebettet ist.

Die genannten Ressorts sind den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich dieser Aufgabe unterzogen haben, zu Dank verpflichtet, insbesondere dem Drafting Committee der Gruppe, Manfred Rauchensteiner, Helmut Konrad und Verena Moritz.

2. ÖSTERREICH-UNGARN UND DER ERSTE WELTKRIEG. EIN ÜBERBLICK (MANFRIED RAUCHENSTEINER)

Die Entfesselung des Kriegs war ein Vorgang, der bis zu einem gewissen Grad erwartet worden war. Österreich-Ungarn wurde dann zwar zu Recht als jenes Reich herausgegriffen, das mit dem Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 und mit der Kriegserklärung am 28. Juli ganz wesentlich zur Entfesselung beigetragen hat, doch das erklärte nicht die Reaktionen der Entente (England und Frankreich) sowie Russlands, ebenso wenig wie jene des mit Österreich-Ungarn seit 1879 verbündeten Deutschland. Man begibt sich bei der Kriegsschuldfrage und den Ursachen für den Krieg aber ebenso schnell auf das Gebiet der kontrafaktischen Geschichte wie bei der Frage nach den Gründen, weshalb es keinen Verständigungsfrieden und keine Beendigung der Kampfhandlungen zu einem Zeitpunkt X gegeben hat.

Jeder Staat, der in den Krieg eingetreten ist, verfolgte ganz bestimmte Interessen. Österreich-Ungarn wollte mit einem Sieg über Serbien der Gefahr begegnen, dass Serbien weiterhin seine jugoslawischen Ziele verfolgte und die Habsburgermonarchie destabilisierte. Mit dem Krieg gegen Serbien wurde aber bewusst in Kauf genommen, dass sich Russland einschaltete, das noch vor dem Sommer 1914 Truppen in seinen östlichen Militärbezirken auf Kriegsstand gebracht hatte. Bereits in dieser frühen Phase des Kriegs wurde die Auflösung ganzer Staaten ins Spiel gebracht: Österreich-Ungarn überlegte die Aufteilung Serbiens auf andere Balkanstaaten (Rumänien, Bulgarien, Griechenland) und Russland erklärte die Auflösung der Habsburgermonarchie zum Kriegsziel. Dabei setzten alle Kriegführenden auf die bestehenden Bündnisse. Die Entente konnte freilich ihr Bündnis zur Gänze zum Einsatz bringen, während die Mittelmächte (Deutschland und Österreich-Ungarn, ab November 1914 das Osmanische Reich und ab September 1915 Bulgarien) ihre Verbündeten Italien und Rumänien nicht zum Kriegseintritt bewegen konnten.

Die Entfesselung des Kriegs war ein Vorgang, bei dem Kaiser Franz Joseph eine entscheidende Rolle spielte und auch seine extrakonstitutionelle Macht nutzte. Der Kaiser wollte den Krieg und vermied bis zu seinem Tod jegliche Erörterung eines Waffenstillstands oder Sonderfriedens. Auch die schweren militärischen Niederlagen der Habsburgermonarchie gegen Serbien und Russland und die Besetzung eines Großteils

Galiziens 1914 änderten nichts an seinem Entschluss, den Krieg fortzusetzen. Das war jedoch ab dem Winter 1914/15 nur mehr mit deutscher Hilfe möglich. Das österreichisch-deutsche Verhältnis wurde zu einem der ganz entscheidenden Faktoren für den Verlauf des Kriegs. Dank der massiven militärischen Hilfe Deutschlands konnte die Rückeroberung Galiziens begonnen und Russland für ein Jahr die Offensivfähigkeit genommen werden. Mit deutscher Hilfe konnte 1915 auch Serbien niedergeworfen werden. Schließlich ermöglichte die deutsche Truppenpräsenz in Polen der k. u. k. Armee, den von Italien am 23. Mai 1915 erklärten Krieg im Südwesten zu führen und die Entscheidung auf diesem Kriegsschauplatz bis 1917/18 offenzulassen.

Im September 1916 kam es zu einer kaum ausreichend beachteten, definitiven Verschiebung der Gewichtungen innerhalb des Bündnisses der Mittelmächte. Nach einer von den Russen überraschend erfolgreich geführten Offensive war Österreich-Ungarn ein weiteres Mal nicht mehr kriegsfähig, erhielt aber wieder so massive deutsche Hilfe, dass es nicht zum Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Front im Osten kam. Deutschland forderte jedoch in der Folge einen weitgehenden Souveränitätsverzicht der Habsburgermonarchie. Aufgrund der dann vereinbarten Bestimmungen der „Gemeinsamen Obersten Kriegsleitung“ lag die letztinstanzliche und ausschließliche Befehlsgewalt beim deutschen Kaiser, dessen Einfluss sich auf alle Fronten erstrecken sollte, an denen k. u. k. Truppen standen. Letztlich war es auch nur mehr dem deutschen Kaiser gegeben, über Fortsetzung oder Beendigung des Kriegs zu entscheiden. Kaiser Franz Joseph erklärte sich einverstanden.

Nach dem Tod Franz Josephs versuchte Kaiser Karl erfolglos, die deutsche Dominanz zu beenden. Da Österreich-Ungarn aber immer wieder auf deutsche Hilfe angewiesen war, und zwar in militärischer Hinsicht ebenso wie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet und vor allem auf dem Ernährungssektor, wäre eine Beendigung der deutschen Suprematie nur bei Inkaufnahme eines Bündnisbruchs möglich gewesen. Dazu konnte sich Kaiser Karl nicht entschließen. Große militärische Erfolge und das Ausscheiden Russlands aus dem Krieg schienen noch dazu 1917 einen deutschen und damit auch österreichisch-ungarischen Siegfrieden in greifbare Nähe zu rücken.

Die Völker der Habsburgermonarchie haben auf den Krieg sehr unterschiedlich reagiert. Auch wenn die Kriegsbegeisterung differierte und am stärksten in den deutschen Gebieten der Habsburgermonarchie sowie in Ungarn war, konnte 1914 eine merkliche

Geschlossenheit beobachtet werden. Sie begann aber schon im Herbst 1914 zu schwinden, vor allem in den tschechischen und ruthenischen Teilen der Monarchie.

Repressionsmaßnahmen, die Aufhebung von Bürgerrechten, Evakuierungen und Internierungen sollten dem begegnen. Die Zahl der Hinrichtungen in den frontnahen Bereichen ging in die Tausende. Die vom k. u. k. Armeekommando geforderte Verhängung des Kriegsrechts über Böhmen unterblieb jedoch. Nichtsdestoweniger zeigte sich die partielle Ablehnung des Kriegs in einem zunehmenden Identitätsschwund und einer vermehrten Desertionsbewegung, vor allem im Winter und Frühjahr 1915. Die Massendesertionen, die als ein primär österreichisch-ungarisches Phänomen zu sehen waren, fanden jedoch ausschließlich am russischen und zeitweilig auch am serbischen Kriegsschauplatz statt. Die Zahl der österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen vornehmlich in Russland erreichte bis Ende 1917 die Zahl von rund zwei Millionen. Gegen Italien war jedoch im Verhalten der Soldaten aller Reichsteile kein Unterschied zu bemerken. Das sollte sich erst 1918 ändern. Bis dahin hatte die k. u. k. Armee mehr als acht Millionen Männer eingezogen. Auch mehr als 30.000 Frauen waren Teil von Österreich-Ungarns gesamter bewaffneter Macht.

Nach dem von Kaiser Karl gewollten Wiederezusammentritt des Reichsrats in Österreich Ende Mai 1917 verlagerten sich die Absage an den Krieg und der Widerstand gegen das enge Bündnis mit Deutschland in das Abgeordnetenhaus. Hier zeigten sich bereits 1917 Auflösungserscheinungen, die von Emigrantengruppen gefördert und geschürt wurden. Es wäre aber falsch, für Österreich-Ungarn eine Art Dolchstoßlegende zu erfinden. Front und Hinterland hatten ihre jeweils eigenen Entwicklungen wie Wahrnehmungen und erlebten synchrone Zerfallsprozesse. Trotz des Ende 1917 von österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen in Italien errungenen Siegs (12. Isonzoschlacht) war man einem Siegfrieden um nichts näher gekommen. Rund die Hälfte der 1918 noch immer über vier Millionen Soldaten zählenden k. u. k. Armee wurde im Inneren des Reichs gebraucht, um Arbeitskräfte zu stellen, Deserteure aufzuspüren und vor allem Unruhen niederzuhalten. Der Hunger, der im Herbst 1916 ausgebrochen war, konnte trotz der Zuschübe aus der Ukraine und Rumänien nicht mehr eingedämmt werden. Die Alliierten, zu denen sich nach der amerikanischen Kriegserklärung an Österreich-Ungarn am 7. Dezember 1917 auch die USA gesellt hatten, erklärten immer öfter die Auflösung Österreich-Ungarns zu einem wesentlichen Kriegsziel. Militärisch ließ sich dem nicht mehr begegnen. Die letzte

österreichisch-ungarische Offensive im Juni 1918 scheiterte schon nach zwei Tagen. Von da an begann die Auflösung des Reichs. Österreich-Ungarn hatte seine Wehrfähigkeit eingebüßt. Es gab keine gemeinsame Perspektive mehr. Die Identität des Gesamtreichs wurde fragmentiert. Kaiser Karl trug dem mit seinem „Völkermanifest“ vom 16. Oktober 1918 Rechnung, in dem er den Völkern seines Reichs den Weg freigab. Die am 24. Oktober 1918 einsetzende Offensive der Alliierten in Italien traf auf keinen intakten militärischen Organismus mehr, und der am 3. November in der Villa Giusti bei Padua abgeschlossene Waffenstillstand gab dem in beredter Weise Ausdruck, da die k. u. k. Armee die Kampfhandlungen einstellte, noch ehe der Waffenstillstand gültig geworden war. Mittlerweile hatten bereits die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie, Sieger und Besiegte, ihre Unabhängigkeit erklärt.

Literaturhinweis:

Manfried Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie, Wien-Köln-Weimar 2013.

Ao. Univ.-Prof. Dr. Manfried Rauchensteiner, Direktor Heeresgeschichtliches Museum i.R.,
manfried.rauchensteiner@univie.ac.at

3. ÜBER DIE KRIEGSSCHULD (HELMUT KONRAD)

Die Frage der Kriegsschuld hat zumindest zwei Dimensionen. Sie zielt erstens auf die Frage der Entfesselung des Krieges und die Verteilung der Verantwortung an diesem Geschehen auf die Konfliktparteien und die politikbestimmenden Personen. Dies ist seit der Fritz-Fischer-Kontroverse vor einem halben Jahrhundert ein zumindest in Deutschland differenziert bearbeitetes Feld. In Österreich stand und steht die Einschätzung Conrad von Hötzendorfs dabei im Mittelpunkt. Der habsburgische Anteil an der Auslösung des unmittelbaren Kriegsgeschehens ist evident. Er ist allerdings nur ein Element in einer Gemengelage von Interessen, Bündnissen, Erwartungshaltungen und Ängsten, die die Politik der Zeit prägten.

Zweitens ist „Kriegsschuld“ ein Terminus, der erst in der retrospektiven Betrachtung seine geschichtsmächtige Bedeutung erlangt hat. Der Begriff der Kriegsschuld taucht historisch im offiziellen Sprachgebrauch erstmals im Artikel 231 des Versailler Vertrages auf. Deutschland und seine Verbündeten, darunter in erster Linie Österreich-Ungarn, hätten sich wegen ihrer „Aggression im Jahre 1914 eines Verbrechens schuldig gemacht“ (Gerd Krumeich) und hätten also die alleinige Verantwortung für den massenhaften Tod und für die Zerstörungen von Städten, Landschaften und Infrastruktur zu tragen.

Ein gutes Jahrhundert zuvor hatten die Napoleonischen Kriege ebenfalls eine Neuordnung Europas erzwungen, aber der Wiener Kongress ging ganz anders vor. Sieger und Verlierer saßen gleichberechtigt am Verhandlungstisch und erreichten einen Elitenkonsens, der als Top-down-Entscheidung den europäischen Kontinent formen konnte. Weder Parteien noch Parlamente (und schon gar nicht „das Volk“) waren als handelnde Subjekte mit auf der Bühne. Der Nationalismus war erst im Entstehen, die soziale Frage hatte noch keine politische Gestaltungskraft. Informationen waren noch nicht ungehindert und über Grenzen hinweg unterwegs, die räumliche und soziale Mobilität war noch gering.

Das „lange“ 19. Jahrhundert, das bis 1914 zu datieren ist, hatte diese Grundlagen ganz entscheidend verändert. Unter den Begriffen „Moderne“ (als Epoche) und „Modernisierung“ (als Prozess) vollzogen sich die umfassende Alphabetisierung, das Entstehen von Megastädten, die Industrialisierung, die „Vermessung der Welt“. Menschen, Waren, Kapital

und Dienstleistungen, vor allem aber Informationen zirkulierten gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in der Phase der ersten wirklichen Globalisierung, praktisch ungehindert. Nicht nur die Welt selbst, sondern auch die Wahrnehmung der Welt hatte sich entscheidend gewandelt.

Der Erste Weltkrieg war zudem auch der erste moderne Krieg, der die gesamte Bevölkerung der kriegführenden Staaten in die Kriegsanstrengungen eingebunden hatte. Da der Krieg letztlich zumindest auch an der Heimatfront entschieden wurde, machte dies, um die Anstrengungen der Gesamtbevölkerung abrufen zu können, neue Formen von Feindbildern notwendig, die in der entfalteten Mediengesellschaft auch gut verbreitet werden konnten. Da ging es nicht mehr nur um territoriale Ansprüche, um dynastische Machtfragen. Es ging vielmehr um Gut und Böse, um Weiß und Schwarz. Der auf diese Art ideologisierte Krieg musste als Resultat die Niederwerfung des Bösen erbringen, dessen Herausforderungen an das Gute und dessen ungerechtfertigte Machtansprüche den Krieg ausgelöst hatten. Der nunmehr überwundene Böse hatte also die alleinige Schuld am Krieg zu übernehmen und dafür die Verantwortung zu übernehmen.

Das ist die tiefere Ursache für die in Paris erstmals in der Geschichte formulierte und festgehaltene „Kriegsschuld“ des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten. Damit war emotional der Krieg „gerechtfertigt“, letztlich erwies sich aber diese Formulierung der eindeutigen Schuldzuweisung und damit der Verurteilung als kontraproduktiv. Bei den Verliererstaaten förderte diese Interpretation des Krieges das Entstehen von revanchistischen und revisionistischen politischen Strömungen, mit denen letztlich der Erste Weltkrieg mit dem Zweiten verklammert werden kann. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es um individuell schuldhaftes Verhalten, in den „Nürnberger Prozessen“, den anderen Kriegsverbrecherprozessen und in der gesamten Frage der Entnazifizierung. Da wurde „Kriegsschuld“ individuell festgemacht und nicht mehr kollektiv ganzen Staaten per Beschluss der Sieger auferlegt.

Will man also heute die Frage einer „Kriegsschuld“ ernsthaft und wissenschaftlich angemessen behandeln, muss man die beiden angesprochenen Bereiche sorgsam trennen. Es geht auf der einen Seite um eine Analyse des Weges in den Ersten Weltkrieg. Unbestritten ist dabei das Ablaufszenario vom Attentat in Sarajevo bis zur ersten Kriegserklärung, die durch die Habsburgermonarchie an Serbien erfolgte. Das war der Türöffner, der aber eine

lange und komplexe Vorgeschichte hat und auch unter konkreten bündnispolitischen Rahmenbedingungen stattgefunden hat. Individuelles Drängen auf einen Präventivschlag, längerfristige Umverteilungsvorstellungen der „Weltmacht“, geopolitische Wünsche, Aufrüstungspolitik der Landstreitkräfte und der Flotten, all das spielte im Sommer 1914 zusammen. Der Kriegsausbruch und seine Ausweitung zum europäischen Krieg und zum Weltkrieg kennen eben unmittelbare und strukturelle Verantwortung. Dass diese besonders auch die Mittelmächte trifft, ist unbestritten.

Die Kriegsschuldfrage als Wirkungsgeschichte zu lesen und in ihr eine der wesentlichen Ursachen für das Aufkommen antidemokratischer, revisionistischer Strömungen, für das Kippen mancher der jungen Staaten Europas in Diktaturen zu sehen, ist von der wissenschaftlichen Analyse des Kriegsbeginns scharf zu trennen. Diese Wirkungsgeschichte hat jedenfalls die weitere politische Entwicklung des 20. Jahrhunderts entscheidend mitgeformt. Aber dies ist Teil der Geschichte der Friedensverträge aus den Pariser Vororten und des Versuchs, in einer modernen Welt eine stabile Neuordnung zu schaffen. Dies ist ohne Zweifel misslungen. Das Wegbrechen Russlands aus dem liberal-kapitalistischen Wirtschafts- und Politiksystems und die Machtansprüche der Sieger (in sich durchaus widersprüchlich) standen einer dauerhaften Stabilisierung im Wege.

Literaturhinweis:

Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009.

Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad, Dekan Geisteswissenschaftliche Fakultät, Universität Graz,
helmut.konrad@uni-graz.at

4. DEMOKRATIE, KRIEG UND FRIEDEN. ANMERKUNGEN ZU DEN RAHMENBEDINGUNGEN DES ERSTEN WELTKRIEGS (ANTON PELINKA)

Der große Krieg, der mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien begann, war ein Krieg unter demokratischen Vorzeichen. Die wichtigsten Akteure waren entweder parlamentarische Demokratien (wie Frankreich, das Vereinigte Königreich und Italien), demokratische Präsidentschaftsrepubliken (wie die USA) oder konstitutionelle Monarchien mit einem unterentwickelten, aber vorhandenen Parlamentarismus (wie die vier Reiche, deren Zerstörung am Ende des Krieges stehen sollte – Russland, Deutschland, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich).

In allen diesen Staaten war die Beteiligung am Krieg konstitutionell und damit zumindest indirekt demokratisch legitimiert. Der Weltkrieg begann und endete als ein demokratischer Krieg.

Diese Beobachtung ist eine Herausforderung für eine der zentralen, freilich auch heftig diskutierten Annahmen der Politikwissenschaft, speziell der Internationalen Beziehungen und der Friedens- und Konfliktforschung: Demokratien liberalen Zuschnitts – also westliche, pluralistische Demokratien – führen zwar Kriege gegen Nicht-Demokratien. Kriege zwischen Demokratien finden aber nicht oder nur in Ausnahmefällen statt. (Siehe z. B. J. Ann Tickner: *International Relations: Post-Positivist and Feminist Perspectives*, in: *A New Handbook of Political Science*, hg. v. Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann, Oxford 2000, S. 449)

Die Begründung für diese „Theorie des demokratischen Friedens“ ist, dass die Legitimierung eines Krieges in Demokratien ungleich schwieriger als in Nicht-Demokratien ist; dass Demokratien Krieg nur auf der Grundlage eines möglichst breiten gesellschaftlichen Konsenses führen können. Ein solcher Konsens aber ist, wenn es um die Rechtfertigung eines Krieges gegen eine andere Demokratie geht, nur schwer herzustellen.

Die demokratische Komponente des 1914 begonnenen Krieges zeigt sich in der im Verlaufe der Kriegsjahre zunehmenden Ideologisierung des Krieges. Am deutlichsten wird dies im Zusammenhang mit dem Kriegseintritt der USA. Die USA hatten einen nachvollziehbaren Interessenkonflikt mit dem Deutschen Reich – die freie Schifffahrt im Atlantik war durch die deutsche U-Boot-Kriegsführung schwer beeinträchtigt. Die USA hatten keinen erkennbaren

Interessenkonflikt mit Österreich-Ungarn, was sich auch an der erst Monate nach der Kriegserklärung gegen Deutschland erfolgten amerikanischen Kriegserklärung gegen die Doppelmonarchie äußerte. Doch Präsident Wilson stellte eine hochideologische Formel in den Mittelpunkt der Rechtfertigung seiner Kriegspolitik: das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieser unvermeidlich vage, nebulose, extrem interpretationsbedürftige Slogan richtete sich nicht gegen die Existenz des Deutschen Reiches. Dieses konnte ja auch 1919 nach der Abtretung von Gebieten an Frankreich, Polen, Belgien und Dänemark weiterexistieren. Wilsons Formel, wie sie wahrgenommen wurde und wahrgenommen werden sollte, zielte auf die Existenz Österreich-Ungarns.

Mit dieser Ideologisierung erreichte Wilson eine breite Zustimmung für einen Krieg in einer „guten Sache“: Wer konnte, wer wollte im 20. Jahrhundert gegen das Selbstbestimmungsrecht von Völkern in Europa sein? Die Ideologisierung förderte ein manichäisches Denken: eine Zuordnung und Einstufung in „gut“ und „böse“.

Die Ideologisierung des Krieges war eine Facette des demokratischen Krieges. Bedeutsam war vor allem, dass der demokratische Charakter die Schwierigkeit zur Beendigung des Krieges exponentiell steigerte: Mit Ausnahme der gesellschaftlichen Lage in Russland vor Ausbruch der Oktoberrevolution war die Zustimmung zur Weiterführung des Krieges nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei den „Völkern“ bis zum Herbst 1918 grundsätzlich ungebrochen.

Das erschwerte das, was bei vordemokratischen Kriegen möglich war – die Beendigung des Krieges durch elitäre Kompromisse. Die traditionellen Eliten konnten in der Zeit vor 1914 Kriege in einer rationalen Art und Weise beenden, die demokratischen Eliten kaum noch möglich war. Die Friedensinitiative des österreichischen Kaisers und ungarischen Königs 1917 war der Versuch eines Rückgriffes auf ein vordemokratisches Muster, und es scheiterte am empörten Aufschrei nicht nur der deutschen Verbündeten, sondern auch der demokratischen Parteien der Entente – etwa in Frankreich.

Die Ideologisierung des demokratischen Krieges von 1914 bis 1918 hatte Fernwirkungen auf die Rahmenbedingungen des Zweiten Weltkriegs. Die Überzeichnung des teuflischen Charakters „der Deutschen“ führte dazu, dass – in einem Bumerang-Effekt – in den 1930er Jahren der wahre Charakter des Nationalsozialismus nicht erkannt wurde. Zu sehr war die

öffentliche Meinung in den westlichen Demokratien zwei Jahrzehnte nach dem Ende des ersten Krieges gegenüber Berichten von Übeltaten eines Gegners immunisiert, zu sehr war der Eindruck einer maßlosen Propaganda der eigenen Seite entstanden, um das nun wirklich alles bisher Bekannte übertreffende Böse des neuen Deutschland sehen zu können. Die Ideologisierung des ersten, des demokratischen Krieges führte zu dem Appeasement, das den zweiten – den nicht demokratischen Krieg, den Krieg zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien – wesentlich erleichterte.

Der Nationalismus war die Ursache, dass – über die bloße Wahrnehmung rational begründbarer Interessenkonflikte hinaus – der Erste Weltkrieg als demokratischer Krieg möglich wurde. Nationalistische Feindbilder, durch demokratische Mechanismen nicht geschwächt, sondern gestärkt, sorgten dafür, dass die zum Krieg drängenden, in den Krieg schitternden Regierungen für ihre Politik eine breite gesellschaftliche Basis vorfanden.

Der Erste Weltkrieg begann als dritter Balkankrieg. Der Balkankrieg, der im früheren Jugoslawien zwischen 1991 und 1999 tobte, hatte mit dem Krieg, der 1914 begann, ein Merkmal gemeinsam: Er war ein demokratischer Krieg. Die demokratisch legitimierten Regierungen der Republiken, befreit von den autoritären Fesseln der titoistischen Einheitspartei, begannen – gestützt auf breite gesellschaftliche Zustimmung – gegeneinander Krieg zu führen. Am Ende des 20. Jahrhunderts stand wieder ein demokratisch legitimer Balkankrieg. Der Unterschied: Die Mächte jenseits des Balkans, fast durchwegs demokratisch legitimiert, ließen sich nicht in diesen (letzten?) Balkankrieg hineinziehen.

Es war der Nationalismus, der 1914 und in den folgenden vier Jahren für die demokratische Legitimation des Krieges gesorgt hat. Das Fehlen jedes wirksamen trans- oder internationalen Korrektivs stellte die Voraussetzungen für die Katastrophe her. Es war der Nationalismus, der den Pluralismus der Demokratie zerstört und so eine wirksame Opposition gegen die Kriegspolitik verhindert hat – am besten ausgedrückt im Ausspruch des deutschen Kaisers, er kenne keine Parteien mehr, er kenne nur noch Deutsche. Die vorhandenen Potenziale der Demokratie, Kriege zu verhindern, wurden durch den Nationalismus erstickt: 1914 wie auch 1991.

Literaturhinweise:

Niall Ferguson: The Pity of War. Explaining World War I, New York 1999.

Margaret Macmillan: Paris 1919. Six Months That Changed the World, New York 2003.

Anton Pelinka, Professor für Politikwissenschaften und Nationalismusstudien an der Central European University, Budapest, pelinkaa@ceu.hu

5. „DAS BEFREIENDE DER MUTIGEN TAT“: DIE „DUNKLE“ SEITE DER WIENER MODERNE UM 1914 (OLIVER RATHKOLB)

Während in den letzten Jahrzehnten – geprägt von dem Werk Carl Schorskes „Fin-de-Siècle-Vienna: Politics and Culture“ (1981) – Ausstellungen und historische Studien zu den Ursachen und Auswirkungen der Repräsentanten der „ersten“ Moderne in Wien, aber auch in anderen urbanen Zentren der Habsburger Doppelmonarchie wie Prag und Budapest, boomten, bleibt ein Paradoxon meist unbeantwortet: Warum erhob diese intellektuelle und kulturelle Elite nicht ihre durchaus bereits hörbare Stimme und wandte sich gegen die Kriegseuphorie? Ganz im Gegenteil – viele wie der Komponist Arnold Schönberg u. a. unterstützten persönlich die national-chauvinistische Kriegsbegeisterung mit ihrer kreativen Schaffenskraft, aber auch durch den Einsatz ihres Lebens; so komponierte Schönberg noch 1916 den Marsch „Die Eiserne Brigade“ für einen Kameradschaftsabend, und der Stargeiger Fritz Kreissler eilte aus der Kur in der Schweiz zu seinem Regiment nach Leoben, spielte dort noch ein Konzert in Offiziersuniform und wurde wenige Wochen später fast an der russischen Front getötet. Der revolutionäre Maler Oskar Kokoschka meldete sich freiwillig zum Kriegsdienst und wurde in zwei Monaten zum Reserveoffizier beim vornehmen k. u. k. Dragoner-Regiment Nr. 15 ausgebildet.

Selbst der auch international gut mit Frankreich vernetzte Schriftsteller Stefan Zweig konnte sich am Anfang – gerade aus Belgien zurückgekehrt – dieser Massenbegeisterung nicht entziehen: „Alle Unterschiede der Stände, Sprachen, der Klassen, der Religionen waren überflutet für diesen einen Augenblick von dem strömenden Gefühl der Brüderlichkeit ... jeder Einzelne erlebte eine Steigerung seines Ichs, er war nicht mehr der isolierte Mensch von früher, er war eingetan in eine Masse, er war Volk, und seine Person, seine sonst unbeachtete

Person hatte einen Sinn bekommen.“ Zweig hatte aber gerade selbst den völkerrechtswidrigen Überfall Deutschlands auf Belgien erlebt.

Diese Beispiele ließen sich fast endlos fortsetzen – nur wenige kritische Persönlichkeiten wie jene des Herausgebers der „Fackel“, Karl Kraus, versuchten nach einigem Zögern, trotz Zensur gerade diese völlig kritiklose Kriegsbegeisterung der Kunst- und Kulturszene offen zu kritisieren: So thematisierte er in seiner Vorlesung am 19. November 1914, die am 5. Dezember unzensuriert erscheinen durfte, die totale politische Vereinnahmung der Dichter durch ihre Kriegsliteratur und durch die Kriegsberichterstattung – doch der Krieg selbst wurde noch nicht radikal infrage gestellt. Inzwischen wurden derartige Aktivitäten im k. u. k. Kriegspressequartier konzentriert organisiert und umfassten Literatur, bildende Kunst, Fotografie und Film sowie Musik.

Drei Ausgangsthesen können als Erklärung für dieses anfangs systemkonforme Verhalten der Eliten der ersten Moderne herangezogen werden: Viele von ihnen waren, obwohl sie die Konventionen der Gesellschaft infrage stellten, sehr stark durch die deutsche Kultur geprägt – mit einem österreichischen Einschlag – und nach wie vor nicht wirklich international vernetzt. In dieser kriegerischen Auseinandersetzung kehrten viele von ihnen zu ihren kulturellen Prägungen zurück und glaubten ihre kulturellen Wurzeln verteidigen zu müssen.

Ein zweiter Grund war eine Reaktion auf die unglaublich rasante Entwicklung der „ersten“ Globalisierung ab 1850/1870, die gerade in Österreich-Ungarn aufgrund der autoritären Grundstruktur des politischen Systems und der Gesellschaft keine wirkliche umfassende soziokulturelle Änderung nach sich zog, sondern die innergesellschaftlichen Konflikte und Blockaden verstärkte: Viele innovative Künstler und Intellektuelle glaubten, in dem Krieg einen Befreiungsschlag zu sehen, der eine neue Welt und einen neuen Menschen schaffen würde und die massiv spürbaren Blockaden der „Friedenszeit“ lösen könnte. Der Krieg sollte eine „reinigende bis befreiende Wirkung“ ausüben, der Moderne zum Durchbruch verhelfen und die alten erstarrten Konventionen überwinden und zerstören.

Bemerkenswert ist, dass die positiv interpretierte Apokalypse gerade in der Literatur und der bildenden Kunst auch schon vor 1914 spürbar war. In der cisleithanischen Reichshälfte kam noch ein drittes Spezifikum dazu: dass mit dem Krieg die komplexe Identitätsfrage und der Nationalitätenkonflikt des Habsburger-Imperiums gelöst werden sollte. Auch hier gibt es bereits Indikatoren vor 1914 – so schrieb Arnold Schönberg, er habe seine Vaterlandsliebe bereits während des Russisch-Japanischen Kriegs 1904 entdeckt. Dahinter steckte eine Art

Uranngst um die deutsch(österreichisch)e „Zivilisation“, und der Krieg hatte fast etwas von einem „religiösen Erweckungserlebnis“ (Peter Gay). Diese Rückkehr zu Bedrohungsszenarien ist eine Reaktion auf die internationalen Transfers und die Mobilität als Folge der ersten Globalisierung. Die tiefenpsychologische Kontextualisierung brachte Sigmund Freud 1914 mit der Formulierung „Ich fühle mich aber vielleicht zum ersten Mal seit 30 Jahren als Österreicher“ auf den Punkt. Gerade bei jenen Protagonisten der Wiener Moderne, die jüdischer Herkunft waren, war aufgrund des immer radikaler werdenden Antisemitismus der Krieg eine Art letzte Hoffnung, durch die Verteidigung der nationalen Kultur auch der Assimilation zum Durchbruch zu verhelfen. Alle gaben sich dabei aber der Illusion hin, dass es ein kurzer Krieg sein werde. Freud interpretierte das „skrupellose Vorgehen“ des Außenministers Berchtold als „das Befreiende der mutigen Tat“ und bekannte: „Meine ganze Libido gilt Österreich-Ungarn.“

Literaturhinweise:

Petra Ernst, Sabine A. Haring, Werner Suppanz (Hg.): Aggression und Katharsis. Der Erste Weltkrieg im Diskurs der Moderne (= Studien zur Moderne 20), Wien 2004.

Wolfgang J. Mommsen, Elisabeth Müller-Luckner (Hg.): Kultur und Krieg: Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg (= Schriften des Historischen Kollegs 34), München 1996.

DDr. Oliver Rathkolb, Professor für Zeitgeschichte, Universität Wien,
oliver.rathkolb@univie.ac.at

6. SOZIALE MILITARISIERUNG (CHRISTA HÄMMERLE)

Soziale Militarisierung wird in der neueren Forschung als komplexer und vielfältiger Prozess verstanden, der darauf zielt oder dazu führt, dass militärische Werte und Haltungen verstärkt Einfluss und gesellschaftliche Bedeutung gewinnen. Dies geschieht vor allem durch die Ausdehnung des Militärischen, dessen Dominanz dann auch innerhalb der Zivilbevölkerung bereitwillig akzeptiert wird, bzw. durch die Übertragung militärischer Denkmuster in das zivile Leben. Betrachtet man die spätere Habsburgermonarchie unter einem solchen Blickwinkel, so zeigt sich rasch, dass hier – entgegen der zählbaren Einschätzung älterer Forschungen – gerade in den Jahrzehnten vor Ausbruch des Ersten

Weltkrieges komplexe Militarisierungsprozesse vorangetrieben wurden. Das geht weit über die Zeit ab 1906/07 hinaus, als der neue Generalstabschef Conrad von Hötzendorf im Verein mit militärischen und politischen Eliten die Weichen für einen kommenden Krieg konkreter zu stellen begann und einen Präventivschlag gegen Italien und Serbien favorisierte; er hat demnach, wie Günther Kronenbitter treffend formuliert hat, durch seine stark bellizistisch ausgerichtete Politik, den Ausbau der Verteidigungsanlagen etc. schon „Krieg im Frieden“ geführt. Durch den ersten Balkankrieg wurde diese Tendenz noch verstärkt und gipfelte, nachdem schon im Sommer 1912 ein neues Wehrgesetz erlassen worden war, im Dezember desselben Jahres im sogenannten Kriegsleistungsgesetz. Dieses stellt einen besonderen Höhepunkt der „von oben“ intendierten gesellschaftlichen Militarisierung dar, indem man für den Kriegsfall eine umfassende Einbeziehung der Zivilbevölkerung festlegte – von noch sehr jungen bis hin zu den älteren, nicht mehr wehrtauglichen Männern, und inklusive einer Reihe von Möglichkeiten für das Militär, zivile Einrichtungen für sich in Anspruch zu nehmen und alle kriegswichtigen Betriebe zu unterstellen. Im Ersten Weltkrieg wurde all das dann breit umgesetzt.

Doch schon vorher, d. h. bereits im späten 19. Jahrhundert, lassen sich wie in anderen europäischen Staaten auch in Österreich-Ungarn eine Reihe von Entwicklungen der sozialen Militarisierung ausmachen. Das reicht von der Verallgemeinerung der (direkten oder indirekten) Bindung junger Männer an das Militär im Rahmen der hier Ende 1868 eingeführten allgemeinen Wehrpflicht bis hin zum trotz vieler Hindernisse doch beachtlichen Auf- und Ausbau verschiedener Armeeteile und ihrer Ausrüstung (z. B. der Artillerie, der beiden Landwehren). Außerdem verstärkte sich in diesen Jahrzehnten der Militärkult merklich, und zwar nicht nur in Form von vielen öffentlichen Militärparaden und neuen Denkmälern (etwa mit Radetzky), sondern auch, indem die Figur des so oft Uniform tragenden Kaisers Franz Joseph als martialischer Soldat stilisiert wurde. Die Forschung hat des Weiteren gezeigt, dass in den Jahrzehnten vor 1914 das Schützenwesen stark expandierte und zahlreiche Veteranenvereine entstanden, die auch von ehemaligen Soldaten nicht-deutscher Ethnizität mitgetragen wurden. Und nach dem Krieg gegen Preußen schlossen sich erstmals auch in einer Friedenszeit Frauen zusammen, um in Form der neu etablierten „Patriotischen Frauenhilfsvereine des Roten Kreuzes“ im Falle eines zukünftigen Krieges unterstützend an der Seite ihres Vaterlandes stehen zu können.

In den frühen 1890er Jahren tauchten in manchen Zeitungen oder Zeitschriften der österreichischen Frauenbewegung/en vereinzelt sogar Artikel auf, die das im Deutschen Reich breiter diskutierte Konzept einer eigenen „Fraudienstpflicht“ aufgriffen und für Österreich-Ungarn zu adaptieren suchten; eine solche sollte ein Äquivalent zur männlichen Wehrpflicht darstellen. Selbst wenn diese Idee dann bis zum Ersten Weltkrieg wieder vergessen schien, zeigt auch sie die militarisierende Wirkung der allgemeinen Wehrpflicht. Nicht von ungefähr wurde dieses moderne Rekrutierungssystem, wie anderswo in Europa, von seinen Kritikern schon 1867, d. h. vom Beginn der parlamentarischen Gesetzesberatung und -entwicklung im damaligen Österreich an, mit „Militarismus“ gleichgesetzt; manche mahnenden Zeitgenossen erkannten also durchaus schon damals seine militarisierende Wirkung. Dessen ungeachtet wurde die allgemeine Wehrpflicht in Österreich-Ungarn durch eine Reihe von zusätzlichen Gesetzen kontinuierlich ausgebaut, d. h. auch immer umfassender geregelt und umgesetzt (z. B. Militärversorgungsgesetz 1875, Militärtaxgesetz 1880, Landsturmgesetz 1886, neues Wehrgesetz 1889 ...). Dadurch stieg ihre Reichweite trotz der vielen Widrigkeiten, auf die dieses genuin republikanische und am Konzept der Nation ausgerichtete Rekrutierungssystem in der polyethnischen Habsburgermonarchie stieß, massiv an, wodurch die gesellschaftliche Akzeptanz des Militärs als „Schule der Männlichkeit“ und „Schule des Volkes“ weiter gesteigert wurde. Die k. u. k. Armee war demnach vor 1914 in der Tat zu einem alle Gesellschaftsschichten integrierenden „Volksheer“ geworden, das den „Bürgersoldaten“ respektive soldatisch geformte Männlichkeit zum Leitbild erhoben hatte. Spätestens am Beginn des Ersten Weltkrieges war dieses gesellschaftlich hegemonial geworden.

Literaturhinweis:

Laurence Cole, Christa Hämmerle, Martin Scheutz (Hg.): Glanz – Gewalt – Gehorsam. Militär und Gesellschaft in der Habsburgermonarchie (1800 bis 1918), Essen 2011.

A.o. Univ.-Prof. Dr. Christa Hämmerle, Institut für Geschichte, Universität Wien,

christa.ehrmann-haemmerle@univie.ac.at

7. DER KRIEG UND DIE MEDIEN (WOLFGANG MADERTHANER)

Als sich im Hochsommer 1914, der Logik und dem Mechanismus eines komplexen Bündnissystems gemäß, die Konfrontation der europäischen Großmächte zu einem großen globalen Krieg erweiterte, setzte dies ungeheure emotionale Energien, Euphorie und Aufbruchspathos frei. Der *Große Krieg* wurde von den geistigen Eliten ausnahmslos aller Seiten mit metaphysisch aufgeladenen Erwartungen, Projektionen und Sehnsüchten überfrachtet. Purifikation, Katharsis sollte das große Geschehen in seiner elementaren Macht bewirken, die Rückführung aller Verhältnisse auf das „einfach Bedeutungsvolle“, die schmerzvolle, wenn auch unumgänglich gewordene Reinigung alles Abgelebten, Alten, Morschen.

An eben diesem Punkt einer durchgängigen Kriegsbegeisterung der Eliten setzten die habsburgischen Autoritäten an und versammelten, in einer intellektuellen *Parallellaktion* ohnegleichen, zu Zwecken der konzertierten Kriegsmassenpropaganda Literaten, bildende Künstler, Filmemacher, Fotografen etc. in dem vom Kriegsarchiv betriebenen *Kriegspressequartier (KPQ)*. Zunächst galt es, die aktuelle Kriegsberichterstattung zu kontrollieren und in einer Weise zu organisieren, die Assoziationen zum Phänomen des *embedded journalism* des ausgehenden 20. Jahrhunderts zwingend nahelegt. Die Kriegsdienstleistung der Dichter, so hatte der große Kriegsgegner und Apokalyptiker Karl Kraus bereits im Dezember 1914 befunden, sei der Eintritt in den Journalismus; und es erhebe sich der Verdacht, dass die „freiwillig untauglichen Angehörigen des journalistischen Gewerbes“ ihre Handlungen aus der heroischen Überlegung heraus motivierten, „sich dorthin zu retten, wo es jetzt am sichersten ist: in die Phrase“. Herausragende Exponenten der Wiener literarischen Moderne fungierten als Kollaborateure der Kriegsanstrengung der Mittelmächte, waren Träger wie Inspiratoren jenes patriotischen Taumels, der mit einer chauvinistischen Propagandawelle sondergleichen, einem Feldzug der Worte und der Schrift eingesetzt hatte. Große Autoren von begründetem Ruf wie Hofmannsthal, Bahr, Schaukal, Roda Roda, Salten et al. sollten sich so als *Wortemacher* (Franz Werfel) der Kriegsmaschinerie erweisen.

Eine zentrale Figur der *Literarischen Gruppe* des Kriegsarchivs ist zweifelsohne Stefan Zweig. Im Oktober 1914 verfasste er einen offenen Brief *An die Freunde im Fremdland*, in dem er

für die Dauer des Kriegs seinen Abschied von den einst so engagiert verfochtenen kosmopolitischen Ideen und Idealen proklamierte. Über beinahe vier Jahre in die habsburgische Propagandamaschinerie eingebunden, mutierte Zweig in seinem literarischen Schaffen allerdings immer mehr zu einem eindringlichen Mahner vor dem Krieg. 1915 begann er mit den Arbeiten zu dem pazifistischen Drama *Jeremias*, das im Februar 1918 in Zürich uraufgeführt wurde und großes Aufsehen erregte. Zu eben dieser Zeit trat der erfahrene Frontoffizier Robert Musil in das KPQ ein, als verantwortlicher Redakteur von Soldatenzeitungen, die er einem umfassenden Relaunch unterzog, mit aufwendig gestalteten Kunstdruckbeilagen und Repros ausstattete und für bis dato schlicht undenkbar politische Kontroversen, etwa um Kriegswucher und Schiebertum, öffnete. Musil, der davor dem Hauptquartier der Isonzoarmee als „kunsthistorischer Sachverständiger“ zugeteilt gewesen war, traf im KPQ auf den subtilen Defätismus eines Franz Blei oder auf die längst in das sozialrevolutionäre Lager übergegangenen Egon Erwin Kisch und Franz Werfel.

An der Isonzofront kam, nach seiner in Wolhynien erlittenen schweren Kopfverletzung, auch Oskar Kokoschka zum Einsatz, bis ein *shell shock* seine weitere Verwendung als Verbindungsoffizier zur Kriegsberichterstattung verunmöglichte. Wie überhaupt das KPQ trachtete, die herausragenden Exponenten der modernen Wiener bildenden Kunst – in unterschiedlicher Intensität und Verwendung – für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Regelmäßig wurden, im In- wie im neutralen Ausland, Ausstellungen veranstaltet – am bekanntesten wohl die im September 1917 in der Stockholmer Liljevalchs Konsthall gezeigte und von Josef Hofmann kuratierte *Österrisk Konstutställning*, die Arbeiten u. a. von Egger-Lienz, Faistauer, Klimt, Kokoschka, Schiele und dem Bildhauer Anton Hanak sowie herausragende Exponate der Wiener Werkstätten präsentierte, und deren Eröffnung in eine „Österreichwoche“ mit philharmonischen Konzerten und Modeschauen integriert war.

Besonderes Augenmerk wurde schließlich auf die avanciert modernen und für die Zwecke der Massenpropaganda wohl geeignetsten Medien Film und Fotografie gelegt. Die in offiziellem Auftrag von Bildagenturen oder professionellen Kriegsberichterstellern angefertigten Kriegsgenrebilder und Frontreprotagen sind oftmals von geradezu erstaunlich hoher formaler wie technischer Qualität und fanden (nach Prüfung durch die Zensur) ihre massenhafte Verbreitung in Wochenillustrierten und eigens zu diesem Zweck eingerichteten Propagandablättern. Es galt, vermittels bildlicher Repräsentation der Kampfhandlungen und

des soldatischen Alltags die Schrecken und Gräuel des modernen Maschinenkrieges zu ästhetisieren; dieserart sollte ein anschauliches, nachvollziehbares, von Männlichkeitskult und Todesverachtung gleichermaßen angeleitetes Heldennarrativ kommuniziert werden. In diesem Kontext einer „Hebung der Kriegsfreudigkeit“ (Feldmarschallleutnant Maximilian Ritter von Hoen, bis 1917 Chef des KPQ) war dem *Laufbild* eine signifikante Rolle zugeordnet. Das KPQ entsandte Kinoexpositoren an die Front; die Filmtrupps hatten die „Heimatfront“ wie auch das neutrale Ausland mit *Aktualitäten* (und später auch eigens produzierten Spielfilmen) zu versorgen. Die bemerkenswertesten Arbeiten, bei denen es um die ambitionierte, zur damaligen Zeit technisch kaum zu bewältigende Herstellung von *genuine war films* ging, entstanden in der zeitweiligen und durchaus friktionsgeladenen Kooperation mit zwei amerikanischen *Kinooperatoren*: Captain F. E. Kleinschmidt (zur deutsch-österreichischen Galizien-Offensive 1915) und Albert K. Dawson (zur Belagerung Przemyśls).

Dem Kriegspressequartier oblagen somit Koordination und Kontrolle über alle künstlerischen, schriftlichen und bildlichen Kriegsdarstellungen. Es ist ein kakanisches Spezifikum: Je mehr sich mit Fortgang des Krieges die Anzeichen wirtschaftlicher Erschöpfung, militärischer Zersetzung und revolutionärer Spannung mehrten, desto weiter wurde es ausgebaut: Letztlich verfügte es gegenüber seinem deutschen Pendant um einen markant höheren Personalstand und ein vierfach höheres Budget. Habsburg stellte seine Intellektuellen und Kunstschaffenden in den Dienst der modernen Kriegspropaganda; diese selbst haben solche Intention zunehmend unterlaufen. Dass Alfred Polgar, Feldwebel im Kriegsarchiv und seit Juli 1914 einer der Vorzeigeliteraten des KPQ, im August 1917 vom Dienst entbunden und Mitarbeiter einer pazifistischen Zeitschrift wurde, mag von mehr als bloß symbolischem Gehalt sein. Es ist ein Symptom dafür, dass der totale Krieg, dessen essenzieller Bestandteil das KPQ nun einmal war, in die totale Katastrophe mündete.

Literaturhinweise:

Jozo Džambo (Hg.): *Musen an die Front! Schriftsteller und Künstler im Dienst der k. u. k. Kriegspropaganda 1914–1918*, 2 Bde., München 2003.

Wolfgang Maderthaner/Alfred Pfoser: *Die Enttäuschung des Krieges. Intellektuelle und kulturelle Transformation*, in: *Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. XI (in Vorbereitung).

8. FRONTERFAHRUNG (HELMUT KONRAD)

Jene Menschen, die bei Kriegsausbruch nicht älter als 50 Jahre waren, hatten in der Habsburgermonarchie keine persönliche Erinnerung an einen Krieg. Selbst die Großväter konnten keine Geschichten vom Schlachtfeld erzählen. Königgrätz lag 48 Jahre zurück. Und in der kommunikativen Erinnerung waren Kriege ausschließlich „Schlachten“, also Ereignisse, bei denen in wenigen Stunden über Sieg oder Niederlage entschieden wurde.

So war die Erwartung an das „Abenteuer Krieg“ oftmals jenes eines Initiationsrituals in die Männlichkeit, ein kurzer, spannender Einsatz, der spätestens zum Beginn der Erntezeit vorbei sein sollte.

Die Realität war eine gänzlich andere. Nachdem die Anfangsoffensiven zum Erliegen gekommen waren, trat gegen Ende des Jahres 1914 eine militärische Pattsituation an den Fronten ein. Konnte man bis dahin vorstürmen, zurückweichen, ausweichen, sich also in der Landschaft des Schlachtfeldes bewegen, so stellte sich nun die Front als „gerichtete Landschaft“ (Kurt Lewin) dar. „Die Gegend da vorne scheint ein Ende zu haben, dem ein ‚Nichts‘ folgt.“ Vorne, das war der Tod. Die Landschaft war nicht mehr im Rundblick offen zu erfassen, sie kannte nun ein „Vorne“ und „Hinten“. Die Landschaft war zum integralen Bestandteil der Kampf- und Überlebensstrategie geworden. Der Stellungskrieg, das Überleben in den Schützengräben, veränderte das Leben der Soldaten. „Das Ausharren auf engstem Raum machte psychische Resistenz zur Schlüsselqualifikation“ (Hans-Georg Hofer).

Geradezu als exemplarisch können die Fronterfahrungen von Oskar Kokoschka gelten. Erst die freiwillige Meldung mit der ersehnten und formenden Ausbildung, dann als Offiziersanwärter bei der Kavallerie mit Blumen und Jubel ins Feld verabschiedet, dann aber die Schockerfahrung, als er mit seinen Leuten auf Pferden gegen die Kanonen der Russen anritt. Eine schwere Verletzung führte zur Krankenhauserfahrung und zur Begegnung mit einer Medizin im Dienste des Krieges, deren Hauptaufgabe es war, möglichst viele Männer

rasch wieder fronttauglich zu machen, eine Aufgabe, der gerade die Psychiatrie bei den vielen Traumatisierten mit aller Gewalt nachkam. Und letztlich machte Kokoschka die Erfahrung im Schützengraben am Isonzo, ein Erleben, das jede Anfangserwartung vom Krieg als Initiationsritus in ein ganz dramatisches Gegenteil verkehren musste.

Der Maschinenkrieg, der vor allem über das Maschinengewehr und seine normierte Munition die Männer zu Verlängerungen, ja zu Anhängseln der neuen Technologie machte, der ungeheure Knall bei Einschlägen aus Großgeschützen oder aber die Bedrohung durch das lautlose Gas, all das war Teil des Szenarios des „Großen Krieges“.

Prägend für viele Soldaten der Habsburgermonarchie waren dabei die Kämpfe an der Isonzofront. Der Karst unterschied sich von den Kampfzonen im Hochgebirge an der Tiroler Front, aber auch von den Schlachtfeldern im Osten oder an der deutschen Westfront, deren Bilder („Im Westen nichts Neues“) bis heute die Vorstellungen vom Kriegsgeschehen im Ersten Weltkrieg dominieren. Im Muschelkalk an der Front im istrischen Karst waren die Schützengräben niedriger, nach oben durch Geröll oder durch Sandsäcke verstärkt. Das erzwang eine gebückte Haltung, die auch die Mentalität der Soldaten überformte. Nicht zufällig entstiegen den Schützengräben dieser Front bei Kriegsende die italienischen „Squadristi“ auf der einen und die österreichischen Heimatwehren auf der anderen Seite, kämpften dort doch Benito Mussolini und Emil Fey. Der spezifische Raum der Gewalt hatte also auch große politische Folgewirkungen.

Das laute Surren und Pfeifen der Querschläger im splitternden Gestein, die vielen gerade aus diesen Querschlägern resultierenden Verwundungen, die glühende Hitze der Sommer und die Kälte der Winterwinde, die Toten, die nach den missglückten Sturmangriffen im Niemandsland liegen bleiben mussten, die praktisch ausbleibenden Gebietsgewinne oder -verluste, also das Fehlen von Siegen oder Niederlagen, all das ließ die Landschaft nördlich von Duino in ganz besonderer Weise als „gerichtet“ erscheinen.

„Gerichtet“ war allerdings nicht nur die Landschaft an der Front. Den Bedürfnissen der Front war auch hinter der Front alles untergeordnet. Dem „Nichts“ folgten in Abstufungen nach hinten die Feldlazarette und die Nachschubeinrichtungen, die Krankenhäuser und schließlich das Hinterland, dessen Produktivität aber weitgehend auf die Bedürfnisse der Front hin ausgerichtet war. An diesen Bedürfnissen orientierte sich auch die Kommunikation, die von

den Fronten des Krieges und an die Front an die 22 Milliarden Feldpostbriefe und Postkarten zu bewältigen hatte. Daran orientierten sich alle anderen Kommunikationsformen, das gesamte Transportwesen (von den modernen Eisenbahnen bis zu den Pferden, von denen zahllose im Gaskrieg erblindeten) und letztlich auch die Kunst, die sich im Kriegspressequartier sammelte.

Von der Front ins Hinterland kamen vorerst die Kriegsgefangenen, deren große Lager die Sozialstruktur von Gemeinden veränderten (Knittelfeld als Beispiel hatte etwa 10.000 Einwohner, aber 30.000 Kriegsgefangene im Lager), dann die eigenen Verwundeten oder aber die Traumatisierten, denen das „shell-shock“-Erleben die Sprache oder die Orientierung genommen hatte, und letztlich, zumeist nur in der Form von Nachrichten, die im Felde Gefallenen, deren Körper meist in Massengräbern lagen.

Das Hinterland, dessen strukturelle Überforderung letztlich mit kriegsentscheidend war, die sogenannte „Heimatfront“ mit ihren spezifischen Mangelerscheinungen, war somit ebenfalls Teil einer Erfahrungslandschaft, die nach den Frontlinien hin ausgerichtet war.

Literaturhinweis:

Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009.

Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad, Dekan Geisteswissenschaftliche Fakultät, Karl-Franzens-Universität Graz, helmut.konrad@uni-graz.at

Der Erste Weltkrieg setzte in vielerlei Hinsicht neue Maßstäbe. Dazu zählt auch die neue Dimension der Vernichtungskapazität maschineller Waffen, die erstmals in so großer Zahl zum Einsatz kamen. Die an allen Fronten übliche, wenn auch unterschiedlich intensive Verwendung von schwerer Artillerie und Maschinengewehren wirkte sich dann auch dramatisch auf die Zahl der Opfer aus. Insgesamt starben etwa neun Millionen Soldaten, ca. 1,5 Millionen waren es aufseiten Österreich-Ungarns. Hunderttausende trugen im Zuge der Kampfhandlungen teils schwere Verwundungen davon. Allein im kleinen Nachkriegsösterreich zählte man nach 1918 über 100.000 staatlich zu unterstützende Kriegsinvaliden. Hinzu kamen etwa 350.000 Kriegswitwen und -waisen, wobei das Ausmaß der durch den Krieg entstandenen Folgen für jene, die ihn überlebt hatten, aber Angehörige und/oder ihre Existenzgrundlage verloren hatten, sich freilich nicht in Zahlen fassen lässt.

Dennoch erscheint es sinnvoll, sich zumindest die anhand von Zahlen zu erahnde Tragweite der vielfältigen humanitären Kriegsfolgen vor Augen zu halten. In die Millionen ging beispielsweise auch die Zahl der Kriegsgefangenen. Noch nie zuvor waren in einem militärischen Konflikt so viele Soldaten in die Hand des Feindes geraten. Gefangen genommen wurden geschätzte 2,77 Millionen Soldaten allein aus der Donaumonarchie. Hunderttausende kamen nicht mehr nach Hause zurück, sondern starben im Land der Gefangenschaft. Darüber hinaus konnten viele dieser Soldaten, die sich in Russland befanden, aufgrund der dort ausgetragenen Kampfhandlungen zwischen den Anhängern und Gegnern des 1917 etablierten bolschewistischen Regimes oft erst Jahre nach Kriegsende in ihre Heimat zurückkehren. Die Reintegration in die Nachkriegsgesellschaft verlief dann angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise, welche die Republik durchlebte, oft schwierig. Bei weitem nicht allen gelang es, in ihren früheren Berufen wieder Fuß zu fassen. Außerdem zu gewärtigen waren die psychischen Begleiterscheinungen der oft mehrere Jahre andauernden Gefangenschaft, die eine nicht zu unterschätzende Belastung für das Zusammenleben in den betroffenen Familien darstellte.

Vor neue Herausforderungen stellten die so nicht erwarteten Kriegsfolgen auch das Rote Kreuz und zahlreiche andere Hilfsorganisationen auf staatlicher und privater Ebene. Je nach Art der gesetzten Hilfsmaßnahmen dauerte es unterschiedlich lang, bis die vor allem zu

Beginn des Krieges evidenten organisatorischen und logistischen Defizite wettgemacht werden konnten. Eine Gruppe, die der Unterstützung besonders bedurfte, waren die vornehmlich aus Frauen, Kindern und alten sowie gebrechlichen Menschen zusammengesetzten Flüchtlingsmassen. Bereits im Frühjahr 1915 zählte man in der Donaumonarchie etwa 600.000 Menschen, die aus jenen Gebieten, die nun zur Kriegszone gehörten, fliehen mussten. Zur Jahreswende 1914/15 hielten sich beispielsweise in Wien etwa 150.000 Flüchtlinge auf, die vornehmlich aus den von der Zarenarmee eroberten Teilen Galiziens stammten. Die Unterbringung und die Versorgung der Flüchtlinge stellten die Behörden vor beinahe unlösbare Probleme. In der Folge zeigte sich die „öffentliche Hand“ zum Teil unwillig, sich der Betroffenen anzunehmen. Außerdem löste die Anwesenheit der Fremden nicht nur Hilfsbereitschaft und Solidarität aus. Die Abwehrhaltung der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen nahm mit der Dauer ihrer Anwesenheit zu. Sie verstärkte sich außerdem angesichts der sich ab 1916 verschärfenden Lebensmittelkrise und paarte sich mit Blick auf die jüdischen Kriegsflüchtlinge darüber hinaus mit antisemitischen Ressentiments. Noch dazu wurde das Flüchtlingseiland – soweit möglich – tabuisiert. Die Zensur sorgte dafür, dass die Öffentlichkeit nur beiläufig über das Los dieser Menschen orientiert war. Deren Repatriierung in ihre Heimatgebiete erfolgte vielfach zu früh, da der weitere Kriegsverlauf abermalige Evakuierungen erforderlich machte. Außerdem bedeutete die Rückführung der Flüchtlinge in der Regel die Heimkehr in ein zerstörtes Land, wo ein Überleben ohne Unterstützung nicht möglich war. Die Angaben zur Gesamtzahl der aufseiten Österreich-Ungarns zu beklagenden Zahl an zivilen Todesopfern, die der Krieg verursachte, sind ungenau und erscheinen mit 400.000 als zu niedrig angesetzt.

Dass die Zivilbevölkerung nicht nur die feindlichen, sondern auch die eigenen Soldaten zu fürchten hatte, ist erst in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der Forschung geraten. Soldatische Übergriffe gegen die Einheimischen in Galizien erfolgten nicht zuletzt unter den Vorzeichen eines Pauschalverdachts, der die Menschen dort à priori zu „illoyalen Elementen“ und „Verrätern“ stempelte. Nicht wenige dieser vermeintlich im Dienste Russlands tätigen „Spione“ wurden hingerichtet, Tausende deportiert.

Dass eine von nationalen Feindbildern und damit einhergehenden kulturellen Überlegenheitsgefühlen geprägte Kriegführung, die bei Kriegsbeginn in Serbien und dann auch auf anderen Kampfschauplätzen beobachtet werden konnte, so genannte

„Normübertretungen“ nach sich zog und „Kriegsgräuel“ möglich machte, ist ebenfalls erst in jüngster Zeit Thema der historischen Forschung. Die „Entmythisierung“ des Ersten Weltkriegs, der lange Zeit außerhalb des Blickwinkels geschichtswissenschaftlicher Betrachtung lag, und auch die kritische Bewertung einer über Jahrzehnte hinweg in der populären ebenso wie in der akademischen Nachbetrachtung nicht selten entweder heldenhaft überhöhten oder gewissermaßen verniedlichten k. u. k. Armee ist so betrachtet also noch im Gange.

Literaturhinweis:

Hannes Leidinger/Verena Moritz: Der Erste Weltkrieg, Wien-Köln-Weimar 2011.

Mag. Dr. Verena Moritz, Lehrbeauftragte Universität Wien, verena.moritz@univie.ac.at

10. FRAUEN- UND GESCHLECHTERGESCHICHTE DES ERSTEN WELTKRIEGS (CHRISTA HÄMMERLE, GABRIELLA HAUCH)

Die Katastrophe des Ersten Weltkriegs kann nur verstanden werden, wenn auch die Geschlechterverhältnisse jener Zeit in den Blick genommen werden: von der Frage nach den Auswirkungen des Krieges auf Männer *und* Frauen beziehungsweise die gesamte zivile Bevölkerung bis hin zur damals propagierten Geschlechterordnung mit all ihren Ambivalenzen und Widersprüchen. Das zeigten neuere Forschungen ebenso, wie sie auf die vielen Verschränkungen zwischen „Front“ und „Heimatfront“ als Voraussetzung moderner Kriegsführung aufmerksam machten. Die Auflösung der Grenzen zwischen den Kampffronten und dem Hinterland beziehungsweise der Heimat bedrohte viele Frauen und Kinder unmittelbar, machte sie zu Flüchtlingen und Opfern kriegerischer Gewalt, was später vielfach verdrängt wurde. Auch in dieser Hinsicht handelt es sich um einen weitgehend „total“ geführten Krieg, der neben den Soldaten in der Tat die ganze Gesellschaft (be)traf, somit ein „Volkskrieg“ war.

Das manifestierte sich zum einen in Form einer breiten (Selbst-)Mobilisierung von Frauen und Frauenvereinen, die unmittelbar zu Kriegsbeginn mit der Bildung der „Frauenhilfsaktion im Kriege“ begann. Unter dieser Bezeichnung schlossen sich, wie in den anderen europäischen Ländern, die meisten Vereinigungen oder Vertreterinnen der damaligen

Frauenbewegung/en zusammen, um ihren Internationalismus hintanzustellen und ihrem kriegführenden „Vaterland“ zu dienen; daran beteiligten sich auch die Sozialdemokratinnen, obwohl viele von ihnen gleichzeitig Kriegsgegnerinnen waren. Nur wenige Pazifistinnen aus Österreich und Ungarn trugen das nicht mit und reisten im Mai 1915 zum internationalen Frauenfriedenskongress in Den Haag, wo sie gemeinsam mit über 1100 weiblichen Delegierten aus zwölf Nationen die sofortige Einstellung der Waffenhandlungen forderten. Viele andere Frauen engagierten sich freiwillig in den dem „weiblichen Wesen“ angeblich am besten entsprechenden Tätigkeitsfeldern: dem „Labedienst“ für durchziehende Truppen an den Bahnhöfen, dem millionenfachen Herstellen, Verpacken und Versenden von diversen „Liebesgaben“ für die Soldaten, der Einrichtung von Arbeitsmöglichkeiten für die vielen kriegsbedingt arbeitslos gewordenen Frauen, verschiedensten Material- und Geldsammlungen etc. Auch die Armen-, Wöchnerinnen-, Mütter-, Kinder- oder Säuglingsfürsorge und die Arbeit bei den zunehmend dringlicher werdenden öffentlichen Ausspeisungen und in winterlichen „Wärmestuben“ lag in Verbindung mit der offiziellen „Kriegsfürsorge“ oft in der Kompetenz von Frauen. Besonders attraktiv schien außerdem der Einsatz als Kriegskrankenschwester – nicht nur im sogenannten Hinterland, sondern auch in den oft in unmittelbarer Frontnähe stationierten mobilen Feldspitälern, wo sie mitunter auf die ersten weiblichen Ärztinnen trafen. Besonders die Figur der Kriegskrankenschwester galt als Äquivalent des männlichen Soldatenstatus, der seinerseits heroisiert wurde und als absolutes, allem übergeordnetes Idealbild von Männlichkeit firmierte. Die darauf bezogenen Geschlechterdiskurse setzten Geschlecht, d. h. die massiv propagierten zeitgenössischen Ideale von Männlichkeit und Weiblichkeit, demnach gewissermaßen als Waffe ein, um die Kriegsmobilisierung und -unterstützung zu fördern – was, je länger der Krieg dauerte, umso weniger funktionierte. Geschlechterkonflikte wurden evident, und außereheliche Beziehungen nahmen ebenso zu wie – in jedem Krieg – Prostitution und sexuelle Gewalt.

Gleichzeitig arbeiteten Frauen im Ersten Weltkrieg immer häufiger in vorher fast ausschließlich von Männern besetzten Arbeitsfeldern. Das inkludierte diverse Angestelltenberufe bis hin zur Schaffnerin sowie nunmehr selbst pflügende Bäuerinnen und die rasant gewachsene Zahl der Arbeiterinnen in der Kriegsindustrie, deren Lebensverhältnisse im Laufe des Krieges immer prekärer wurden. Die Verschärfung des Kriegsleistungsgesetzes vom 18. März 1917 hob zudem ihre „Freizügigkeit“, d. h. die Möglichkeit, den Arbeitsplatz zu wechseln, weitestgehend auf; sie waren unverzichtbar

geworden, um den Krieg weiterzuführen. Das galt spätestens ab dem Frühjahr 1917 ebenso für die 30.000 bis 50.000 „weiblichen Hilfskräfte der Armee im Felde“, die ihrerseits in der Verwaltung eingesetzte Soldaten für den Fronteinsatz freimachen sollten – was ein weiteres Beispiel dafür ist, wie weitgehend Frauen im Ersten Weltkrieg in die Kriegsführung einbezogen waren. Das Beispiel Österreich-Ungarns fügt sich diesbezüglich in ähnliche Entwicklungen in anderen kriegführenden Staaten, wobei jedoch die zusätzliche Rolle der Frauen, zu Verwalterinnen des Mangels und der dramatischen Versorgungsknappheit zu werden, hier besonders gravierend war und das Auseinanderdriften der Erfahrungswelten „Front“ und „Heimat“ noch verstärkte. Das stundenlange Anstellen um Lebensmittel und Bedarfsgüter, die Erfahrungen mit Hunger, Kälte, Krankheit und Erschöpfung, sowie Trauer, Desillusionierung oder Traumatisierung – das alles waren geschlechtsspezifische Kriegserfahrungen, die nach 1918 lange nachwirkten.

All das konnte auch in Widerstand münden, Frauen waren Initiatorinnen und Akteurinnen von Protestaktionen, den sogenannten Hungerkrawallen und den großen Streiks der zweiten Kriegshälfte. Die Forschung hat dennoch gezeigt, dass es in jenen Jahren zwar zu einer Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten und zu einer Politisierung vieler Frauen gekommen war, was jedoch nicht als kriegsbedingte „Emanzipation“ zu werten ist; zu widerspruchsvoll und entbehrensreich waren die konkreten Erfahrungen und Sinnstiftungsmuster. Auch die Einführung des Frauenwahlrechts am Beginn der Ersten Österreichischen Republik war keine unmittelbare Folge des Krieges beziehungsweise der „verdiente Lohn“ für das staatsbürgerliche Engagement der Frauen im Krieg, sondern beruhte auf ihrem jahrelangen Kampf dafür und der politischen Konstellation im November 1918; der Erste Weltkrieg wirkte daher als „Katalysator“, nicht aber als Ursache dieser Entwicklung.

Mit der neuen Positionierung von Frauen als Staatsbürgerinnen, als gewählte Mandatarinnen oder auch als Studierende aller Fächer (Ausnahme: Theologie) erweiterten sich in der Ersten Republik zwar ihre Handlungsspielräume, es kam aber zu keinem strukturellen Bruch oder einer Neuorientierung in den Geschlechterverhältnissen. Auch wenn Offiziere, deren Darstellungen die Kriegserinnerungskultur nach 1918 determinierten, den Untergang der alten Werte am krasssten in einer anhaltenden „Krise der Männlichkeit“ verorteten. Der Aufbruch in die neue Zeit resultierte in einer Re-Militarisierung der Gesellschaft und einer Geschlechterordnung, die sich weiterhin an den

geschlechtsspezifischen Hierarchien der im ABGB von 1811 verankerten bürgerlichen Geschlechterordnung orientierte. In großteils angelernten Berufen und schlechter bezahlt als Männer „träumte“ die große Masse der erwerbstätigen Frauen – vergeblich – von einem besseren Hausfrauendasein. Das vielfach kolportierte Bild der „neuen Frau“ mit Bubikopf war auf junge Frauen in urbanen Zentren beschränkt. Zwar lukrierte die Partei der Modernität, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), in der Ersten Republik steigende Frauenstimmen, die „Zeitläufte“ in den Geschlechterverhältnissen gingen jedoch in Korrespondenz mit der Weltwirtschaftskrise in eine andere Richtung: Re-Maskulinisierung und Frauendiskriminierung waren politische Grundsätze des autoritären christlichen Ständestaates/„Austrofaschismus“.

Literaturhinweise:

Christa Hämmerle: Heimat/Front. Geschlechtergeschichte(n) des Ersten Weltkriegs in Österreich-Ungarn, Wien-Köln-Weimar 2013.

Maureen Healy: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. Total War and Everyday Life in World War I, Cambridge University Press 2004.

A.o. Univ.-Prof. Dr. Christa Hämmerle, Institut für Geschichte, Universität Wien, christa.ehrmann-haemmerle@univie.ac.at

Univ.-Prof. Mag. Dr. Gabriella Hauch, Institut für Geschichte, Universität Wien, gabriella.hauch@univie.ac.at

11. FOLGEN DES ERSTEN WELTKRIEGS (STEFAN KARNER)

Mit dem Ende des Krieges 1918 veränderte sich die Welt entscheidend. Die großen Monarchien, das Zarenreich, das Osmanische Reich, das Deutsche Kaiserreich und Österreich-Ungarn gehörten der Vergangenheit an. In den Pariser „Vorortverträgen“ wurde 1919/20 mit Deutschland, Österreich, Bulgarien, Ungarn und der Türkei die Neuordnung Europas völkerrechtlich fixiert. Vor allem der Vertrag von Versailles war das Ergebnis der von den neuen „Großmächten“ gezimmerten Friedensordnung, die jedoch bereits den Keim eines neuen Krieges in Europa in sich barg. Die europäischen Mittel- und Kleinstaaten wurden in sehr fragile europäische Systeme integriert. Nun spannte sich ein Staatengürtel

vom Baltikum bis auf den Balkan. Die darinnen zu liegen kamen, hatten sich neu zu orientieren, innen- und außenpolitisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Der Aufstieg der USA stand am Beginn, Europa war als Weltmacht geschwächt. Sowohl als Propagandamittel (Ausrufung des „Jihâd“ durch das Osmanische Reich, Befeuerung von Unabhängigkeitsbewegungen etc.) als auch aufgrund persönlicher Erfahrungen hatten sich die antikolonialen Bewegungen insbesondere in den britischen, französischen und belgischen Besitzungen verstärkt.

Der Zerfall der großen europäischen Imperien veränderte auch die Landkarte Asiens, Nordafrikas, des Nahen Ostens, im Kaukasus und in der neuen Türkei. Die Stärkung monochroner Nationskonzepte (Staat = Nation mit einheitlicher Sprache und Religion) führte in ihrer extremen Ausformung gar zu erzwungenem Bevölkerungsaustausch (Griechenland–Türkei) oder Genozid (Armenier). Mit der Gründung des Völkerbundes wurde der brüchige Frieden durch Festigung des Gedankens von Kooperation gestärkt. Insbesondere neue völkerrechtliche Initiativen sollten die im Ersten Weltkrieg sichtbar gewordenen Schrecken in zukünftigen Konflikten zumindest begrenzen. Mit der langsamen Stabilisierung des russischen kommunistischen Regimes wurde aber auch die beginnende Auseinandersetzung zwischen „demokratischem Westen“ und „kommunistischem Osten“ als prägendes Element der kommenden Entwicklungen erkennbar.

Der Erste Weltkrieg forderte insgesamt zehn Millionen Tote, 20 Millionen Verwundete, Millionen gerieten in Kriegsgefangenschaft, wurden vertrieben oder dauerhaft aus ihren Heimatgebieten umgesiedelt. Österreich-Ungarn mobilisierte 7,8 Millionen Soldaten, von denen fast 20 Prozent gefallen sind. Eine der dramatischsten Begleiterscheinungen des Krieges war eine weltweite Pandemie („Spanische Grippe“), die aufgrund der spezifischen Rahmenbedingungen des Krieges (hohe Migration durch Massenarmeen und Flüchtlinge; enge Kontakte und schlechte Hygienebedingungen in Massenunterkünften; katastrophale Ernährungsversorgung weiter Bevölkerungsteile etc.) begünstigt wurde: Weltweit forderte sie zwischen 25 und 40 Millionen Opfer, mehr als der Krieg selbst!

Für die neu geschaffene (deutsch)österreichische Republik waren die Folgen dramatisch. Ihre Staatsbürger waren als Soldaten oder Kriegsgefangene noch über halb Europa verstreut, befanden sich von heute auf morgen auf „fremdem“ Staatsterritorium. Hunderttausende waren durch physische und psychische Verwundungen zu Krüppeln geworden.

Der neue Staat wurde von vielen als der „Rest“ wahrgenommen, der erst seine Identität finden musste. Die Hälfte der österreichischen Staatsgrenze wurde neu gezogen: Viele beanspruchte, teilweise deutschsprachige Gebiete gingen verloren („Sudetenland“, Südtirol, Teile der Steiermark und Kärntens). Diese Enttäuschung führte dazu, dass der „Anschluss“-Gedanken als parteiübergreifender Konsens gestärkt, aber völkerrechtlich verboten wurde.

Ökonomisch bedeutete der Zerfall Österreich-Ungarns die Trennung eines homogenen Wirtschafts-, Verkehrs-, Industrie- und Arbeitsraumes durch neue Grenzen. Hochzollpolitik und Handelsbeschränkungen verschärften die Lage. Der neue Staat übernahm einen überdimensionierten Banken-, Finanz- und Verwaltungssektor, der erst durch die Genfer Anleihe und während der Weltwirtschaftskrise zwangsweise zurückgeschraubt wurde. Der Ausfall der traditionellen Bezugsquellen und Absatzmärkte für Industrieprodukte sowie Probleme bei der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion führten zu einer immensen Arbeitslosigkeit. Eines der Resultate der Inflation, der Versorgungs- und Produktionsschwierigkeiten vor wie nach dem Krieg war die Verarmung der bürgerlichen Mittelschicht. Letztlich führte dies zur Stärkung der wirtschaftlichen Komponente des Antisemitismus, besonders in Wien.

Trotzdem blieb „Mitteleuropa“ noch über ein Jahrzehnt jene Region mit der weltweit dritthöchsten Handelsintegration, die erst durch die Entwicklungen ab den 1930er Jahren zerteilt wurde. Die Erbmasse, die „Deutschösterreich“ übernahm, war auf den ersten Blick nicht so negativ: Es konnte 13,5 Prozent der Bevölkerung, 18,4 Prozent des Nettoproduktionswertes und 19,7 Prozent des BIPs der Monarchie vereinen. Der schon während des Krieges begonnene Aufbau einer österreichischen E-Wirtschaft auf Basis von Wasser und Kohle wurde von den Landesgesellschaften vorangetrieben. Gleichzeitig konnte die Industrialisierung durch die Nutzung der Kriegs-Infrastruktur (insbesondere Kriegsgefangenenlager und Rüstungskapazitäten) intensiviert werden.

Der Krieg und die Neuordnung der Staatenwelt führten auch dazu, dass Hunderttausende nach Übersee oder in die Nachfolgestaaten auswanderten. Der Zuzug von „Altösterreichern“ aus den ehemaligen Kronländern konnte dies nur bedingt kompensieren. Zwar versuchte man mit einer modernen Sozialpolitik (Hanusch) und dem Wiener Wohnbau („Rotes Wien“) die ärgsten wirtschaftlichen Defizite abzufedern. Doch die Radikalisierung der Identitätsdiskurse durch den Umbruch 1918 und die Gebietskonflikte mit den

Nachfolgestaaten verstärkten unweigerlich die gesellschaftliche Spaltung – es fehlte ein „Moderator“, wie es der Monarch gewesen war.

Die vierjährige Massenmobilisierung, die Dauer und die spezifische Kriegführung (Grabenkrieg, Gebirgskrieg) führten auch in Österreich zu einer außergewöhnlich hohen Zahl von Kriegsversehrten: Amputationen und kriegsbedingte Erblindungen (nicht durch Giftgas, sondern durch Splitterwirkung!) hatten einen beträchtlichen Teil der Gesellschaft aus dem Erwerbsprozess hinausgedrängt. Generationen- und Geschlechterkonflikte brachen auf: Frauen/Kinder wehrten sich gegen ihre gesellschaftliche Zurückdrängung durch die von der Front und aus den Kriegsgefangenenlagern Heimkehrenden. Traumatisierung und Verrohung im Krieg begünstigten die Gewaltbereitschaft. Kombiniert mit der Ideologisierung breiter Schichten durch die Nachwirkungen der Kriegspropaganda, ergab dies eine explosive Mischung, die in der Militarisierung der Gesellschaft in Wehrverbänden ihren Ausdruck fand. So folgte nach der Phase des Schocks und Schweigens (1918/19) die Dominierung des politischen Diskurses durch Veteranen und Frontkämpfer.

Literaturhinweis:

Wolfram Dornik, Bernhard Bachinger (Hg.): Jenseits des Schützengrabens. Der Erste Weltkrieg im Osten. Erfahrungen – Wahrnehmung – Kontext (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung, hg. v. Stefan Karner, SdBd. 14), Innsbruck-Graz 2013.

Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner, Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte, Universität Graz, stefan.karner@uni-graz.at

12. NACHWIRKUNGEN DER „FRONTERFAHRUNG“ DES ERSTEN WELTKRIEGS AUF DIE ENTWICKLUNG ÖSTERREICHS IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT (VERENA MORITZ)

Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie schrumpfte Österreich zu einem Kleinstaat, der sich in Anbetracht seiner Herauslösung aus dem großen Wirtschaftsgefüge der ehemaligen Habsburgermonarchie für nicht lebensfähig hielt. Die Republik Deutschösterreich, die ihre Zukunft vom Anschluss an Deutschland abhängig machte, sah sich in Anbetracht der von den Siegermächten vorgebrachten Friedensbedingungen, die

unter anderem das Zusammengehen mit dem ehemaligen Bündnispartner untersagte, vornehmlich als Opfer. HistorikerInnen sehen in Analogie zu den Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg eine „erste Opferthese“, die dazu beitrug, das Geschehene nur partiell als selbsttätig mitgestaltete Vergangenheit zu betrachten. Der vielfach traumatisch empfundene Verlust des „Großmachtstaates“ trug nicht unwesentlich dazu bei, nach Schuldigen für die nunmehrige Rückstufung zum unbedeutenden „Zwergstaat“ zu suchen. Dieser Reflex vergiftete nicht nur das innenpolitische Klima, sondern prägte auch den Blick auf das „Ausland“: Die neu entstandenen Nationalstaaten, die aus dem ehemaligen Habsburgerreich hervorgegangen waren, wurden nicht selten als „Verräter“ empfunden, und die Siegermächte machte man nicht zuletzt für die prekäre wirtschaftliche Lage verantwortlich. Österreich mutierte darüber hinaus gewissermaßen zum „Labor“ eines Kampfes der Weltanschauungen. Der „Kalte Krieg“, der nun geführt wurde, konzentrierte sich freilich auf die „inneren Feinde“, jene, die – abhängig vom jeweiligen Standpunkt – die „Niederlage“ verschuldet hatten. Aber nicht nur die österreichische Variante der „Dolchstoßlegende“ erhitzte die Gemüter. Bereits bestehende politisch-ideologische Gegensätze, die mit der Russischen Oktoberrevolution 1917 eine neue Dimension erhalten hatten, erfuhren nach 1918 eine permanente Vertiefung. Sie rekurrten auch auf eine bereits vor dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches politisch motivierte „Kriegsmüdigkeit“, die sich unter anderem mit den Friedensparolen der Bolschewiki verband.

Die österreichische Geschichte der Zwischenkriegszeit ist geprägt von der Unversöhnlichkeit der politischen Lager, die sich zunehmend gewaltbereit zeigten. Die Anfang der 1920er Jahre entstandenen Wehrverbände, die als „verlängerter Arm“ der politischen Kräfte agierten, sind Symptom dieser Entwicklung. Doch ist die zu beobachtende „Militarisierung“ eine unmittelbare Folge des Ersten Weltkriegs? Und wie steht es um die oft ins Treffen geführte „Brutalisierung“ der Gesellschaft insgesamt und gewisser Gruppen im Speziellen? Ist auch diese Form der Radikalisierung als lineare Entwicklung seit dem Ersten Weltkrieg zu begreifen? Antworten auf diese Fragen fallen im Lichte neuer Forschungen sehr viel differenzierter aus als früher und betonen beispielsweise die Notwendigkeit, die unterschiedlichen sozialen Milieus der ehemaligen Kämpfer verstärkt im Auge zu behalten. Daraus wiederum ergibt sich ein Befund, der beispielsweise die längerfristigen Auswirkungen von Fronterfahrungen auf Soldaten, die aus dem ländlichen Raum stammen, eher gering veranschlagt. In dieser Lesart ist das Kriegserlebnis keine einschneidende Zäsur der

Frontgeneration. Ob sich diese Behauptung tatsächlich am Ausmaß der Beteiligung von Soldaten an organisierten Verbänden ablesen lässt, die „Traditionspflege“ betrieben, ist allerdings fraglich. Nichtsdestoweniger erscheint die unter diesen Vorzeichen zu beobachtende „Erinnerungsverweigerung“ vieler Soldaten bemerkenswert. Eine gewichtige Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang außerdem den Erinnerungskulturen und ihren Konjunkturen zu: Die mitunter bis zum Pazifismus reichende Kriegsmüdigkeit und die Verurteilung des Krieges, welche die ersten Nachkriegsjahre kennzeichneten, wurden in Österreich von einer mit Beginn der 1920er Jahre einsetzenden „konservativen Wende“ abgelöst, die ehemaligen k. u. k. Offizieren einen unverhältnismäßigen Stellenwert in der Ausdeutung des Kriegserlebnisses zugestand. Diese blieben auf eine Sinngebung des verlorenen Krieges fixiert, die sich zudem für politisch-weltanschaulich aufgeladene Botschaften eignete. Die Kluft zwischen Offizieren und Soldaten, die gleich nach Kriegsende grell zutage trat, wurde nach und nach gewissermaßen abgeschwächt. Die schließlich auch seitens einfacher Soldaten gezeigte Akzeptanz einer Überhöhung des Krieges, einer „Lobpreisung“ der „patriotischen Gesinnung“ und einer Überbetonung der Kameradschaft, wie sie von den ehemaligen k. u. k. Offizieren propagiert wurde, bewerten HistorikerInnen aber nicht unbedingt als Ausdruck einer unumschränkten Zustimmung, sondern als Bekenntnis zum Wunsch nach einer Form der Anerkennung der im Krieg erbrachten „Leistungen“ und „Opfer“.

Aus den Wirkungen und Folgen der von den Soldaten ausgeübten und erlittenen Gewalt seien, so einige ForscherInnen heute, keine einseitigen Kontinuitätslinien zu ziehen. Bei aller Differenzierung, die hier notwendig erscheint und unter anderem die jeweiligen Instrumentalisierungen des „Fronterlebnisses“ seitens politischer Kräfte miteinbeziehen muss, sind Gewalterfahrungen auch abseits kriegerischer Auseinandersetzungen im Regelfall als lebensgeschichtliche Zäsuren zu begreifen. Eine Verdichtung solcher Erfahrungen kann durchaus als Faktor wahrgenommen werden, der Gesellschaften beeinflusst und prägt – radikalisierte Tendenzen inbegriffen. Hinzu tritt das bereits während des Krieges und als Folge der Umwälzungen in Russland zu gewärtigende vollständige Auseinanderbrechen in konservative und revolutionäre Kräfte, das über den „herkömmlichen“ Krieg einen viel weiter reichenden Konflikt legte und solcherart der Ausübung von Gewalt eine neue Form der Legitimation mitgab. Ähnliches gilt für die nach 1919 infolge problematischer Grenzziehungen unbefriedigt gebliebenen nationalen Bedürfnisse, die ihrerseits militärische

Auseinandersetzungen heraufzubeschwören drohten. In diesem Sinne muss auch für die Geschichte Österreichs nach 1918 der Erste Weltkrieg mitsamt seinen auf die Zeit danach verweisenden Konfliktpotenzialen als wirkmächtiges Element erkannt werden, das einer friedlichen Beilegung vorhandener Gegensätze allzu häufig entgegenwirkte.

Literaturhinweis:

Oswald Überegger: Der Erste Weltkrieg, Österreich und die Tiroler Kriegserinnerung in der Zwischenkriegszeit, Innsbruck 2013.

Mag. Dr. Verena Moritz, Lehrbeauftragte Universität Wien, verena.moritz@univie.ac.at

13. DER ERSTE WELTKRIEG IM GEDÄCHTNIS ÖSTERREICHS UND (ZENTRAL-)EUROPAS – GEDÄCHTNISTRADITIONEN IN (TRANS)NATIONALER PERSPEKTIVE (HEIDEMARIE UHL)

Der Erste Weltkrieg ist nach wie vor im europäischen Gedächtnis präsent, als „Urkatastrophe“ und Ausgangspunkt für die Verwerfungen des 20. Jahrhunderts. Welche Relevanz den Jahren 1914 bis 1918 in der jeweiligen nationalen Erinnerungskultur zukommt, ist allerdings unterschiedlich: Während der „große Krieg“ in Frankreich und Großbritannien fest verankert ist, spielt er in Deutschland und Österreich eine geringe Rolle. Die Frage, welche Rolle der Erste Weltkrieg im historischen Narrativ der Staaten (Süd-)Osteuropas einnimmt, scheint in den gegenwärtigen Projekten zum Weltkriegs-Gedenken eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Davon ausgehend erscheint es aus österreichischer Perspektive sinnvoll, über die nationale Perspektive auf die Jahre 1914 bis 1918 hinauszugehen und zukunftsweisende, die europäische Integration stärkende Initiativen zu setzen. Ein Schwerpunkt sollte daher auf einer transnational-reflexiven Auseinandersetzung mit dem Gedächtnisort Erster Weltkrieg im zentraleuropäischen Raum liegen.

I. Nationale Perspektiven

Der Erste Weltkrieg zählt nicht zu den zentralen Gedächtnisorten Österreichs. Mit dem wandernden Zeithorizont sind die Erzählungen der Erfahrungsgeneration aus dem

kommunikativen Alltags-Gedächtnis verschwunden. Das Gründungsnarrativ setzt 1945/1955 ein, 1918 bildet nur eine Hintergrundfolie. Auch für Kontroversen gibt „1914–1918“ – zumindest aus heutiger Sicht – keinen tragfähigen Ansatzpunkt. Der Erste Weltkrieg ist ein ausverhandeltes historisches Ereignis, ungeachtet dessen, dass die Deutungskonflikte um die Beurteilung der Jahre 1914–1918 in der Ersten Republik und noch in den ersten Jahrzehnten nach 1945 immer wieder zu Grundsatzdebatten um die historische Identität Österreichs führten. Bemerkenswert ist dabei, dass die für die Bundesrepublik Deutschland zentrale Auseinandersetzung mit der Kriegsschuldfrage (Fritz-Fischer-Kontroverse) in Österreich praktisch keine Resonanz hatte.

Präsent im öffentlichen Raum sind die Kriegerdenkmäler, das Interesse richtet sich aber stärker auf den Zweiten Weltkrieg – verbunden mit der brisanten Frage nach dem Umgang mit den gefallenen Wehrmachtssoldaten. Im Unterschied zum Zweiten Weltkrieg erscheint das Gedenken an 1914–1918 außer Streit zu stehen. Allerdings: Die Deutung des Ersten Weltkriegs und damit verbunden der Habsburgermonarchie bzw. des Jahres 1918 als betrauerter Untergang oder bejubelter demokratisch-republikanischer Neubeginn erwies sich immer wieder als Konfliktgenerator zwischen den politischen Lagern der Ersten Republik. Materielle und semantische Überreste dieser Deutungskämpfe ragen noch in die gegenwärtige Gedächtnislandschaft, etwa das Österreichische Heldendenkmal für den Ersten Weltkrieg und die Habsburgische Armee am Heldenplatz, eine der zentralen geschichtspolitischen Initiativen der Ständestaat-Diktatur.

Gedächtnis bedeutet, dass einem Ereignis aus der Gegenwartsperspektive Sinn und Bedeutung verliehen werden kann. In welchen Themenfeldern erscheint der Erste Weltkrieg anschlussfähig für ein „lebendiges“ Geschichtsinteresse? Zum einen sind die neuen wissenschaftlichen Zugänge zu nennen, denn sie repräsentieren Erkenntnisinteressen der Gegenwart – Gewaltgeschichte, Alltagserfahrungen, Gender.

Vor allem in zwei Aspekten hat der Gedächtnisort Erster Weltkrieg heute noch Relevanz:

1. Durch das Gefallenengedenken der Ersten Republik und die damit verbundene „Erfindung“ eines neuen Soldatenbildes – auch der „einfache“ Soldat wird nun zum „Helden“. Die Semantik des heroischen Soldatentodes, die auch nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend bruchlos weitergeführt wurde, ragt noch heute in die Semantik des

Gefallenengedenkens und gibt immer wieder Anstoß zur Kritik, vor allem im Hinblick auf die Wehrmachtssoldaten.

2. Die stärkste Gegenwartsrelevanz dürfte aber von „1918“ ausgehen – dieses Datum ist ja der Ausgangspunkt für die republikanisch-demokratische Verfasstheit des heutigen Österreich, für viele Nachbarländer verbunden mit dem nationalen Gründungsakt. „1918“ war bis weit in die Zweite Republik ein Konfliktthema zwischen den politischen Lagern. 100 Jahre danach eröffnet sich die Möglichkeit für neue Perspektiven jenseits der politisch aufgeladenen Interpretationsmuster. Voraussetzung dafür ist die Rekonstruktion der Debatten und Kontroversen um 1914–1918, gerade auch in der Geschichtswissenschaft.

II. Transnationale Perspektiven

100 Jahre nach Kriegsbeginn wird der Erste Weltkrieg erstmals in einem vereinten Europa erinnert. Auch diese Erinnerung ist, wie sich bereits jetzt abzeichnet, durch nationale Geschichtstraditionen geprägt, zunehmend entwickeln sich aber auch transnationale Gedenkinitiativen. Solche Initiativen haben in Westeuropa bereits Tradition: Die gemeinsamen Gedenkfeiern in Verdun wurden zum Symbol des deutsch-französischen Versöhnungsprozesses.

Aus österreichischer Sicht kann die hundertste Wiederkehr des Jahres 1914 Anstoß zu einer Reflexion über die unterschiedlichen nationalen Geschichtsbilder im (zentral)europäischen Raum geben. Gerade in Zentraleuropa, in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie, wird der Erste Weltkrieg ganz unterschiedlich interpretiert – als Niederlage und Verlustgeschichte einerseits, als Vorgeschichte von Staatsgründung und Demokratisierung andererseits. Allerdings sind diese Geschichtsinterpretationen auf den jeweiligen nationalen Kommunikationsraum beschränkt – es besteht praktisch kein Wissen über den Gedächtnisort „Erster Weltkrieg“ in den anderen zentraleuropäischen Staaten.

Dieser Befund ist Ausgangspunkt einer Konferenz des BM:UKK, die sich an Multiplikatoren im Bereich Fachdidaktik (Universitäten, Pädagogische Hochschulen, AutorInnen von Geschichtsbüchern etc.) richtet. Diese Beleuchtung der unterschiedlichen Perspektiven auf die Jahre 1914 bis 1918 richtet sich nicht darauf, eine „gemeinsame“ Geschichtserzählung als kleinsten gemeinsamen Nenner zu entwickeln, sondern die jeweiligen Narrative miteinander

in Beziehung zu setzen und einen reflexiven Blick auf die nationalen Gedächtniskulturen zu entwickeln. Damit werden gerade die unterschiedlichen, zum Teil gegensätzlichen nationalen Sichtweisen des Ersten Weltkriegs fruchtbar gemacht für eine „europäische Erfahrung“, nämlich den reflexiven Umgang mit den eigenen und anderen Gedächtniskulturen.

Dieses Thema könnte darüber hinaus Anstoß für weiterführende transnationale Kooperationen geben: für Projekte, in denen die jeweils unterschiedlichen Interpretationen des Ersten Weltkriegs untersucht werden, mit dem Ziel einer transnationalen, reflexiven Perspektive, die den gesamteuropäischen Kontext einbezieht. Das Ergebnis könnte wiederum in den Schulunterricht (etwa in Form eines gemeinsamen Geschichtsbuches) einfließen.

Literaturhinweise:

Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 2000 (erstmalig erschienen 1961).

Konrad H. Jarausch: Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse, in: Martin Sabrow, Ralph Jessen, Klaus Große Kracht (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 20–40.

Univ.-Doz. Dr. Heidemarie Uhl, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien,
Heidemarie.Uhl@oeaw.ac.at

ANHANG:

CHRONIK DES ERSTEN WELTKRIEGS MIT BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG ÖSTERREICH-UNGARNS

1914

28. Juni: Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin Sophie in Sarajevo.

23. Juli: Befristete Demarche Österreich-Ungarns an Serbien.

25. Juli: Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien. Beginn der Generalmobilmachung in Serbien.

28. Juli: Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien.

29. Juli: Teilmobilmachung in Russland.

30. Juli: Beginn der Generalmobilmachung in Russland.

31. Juli: Deutsches Ultimatum an Russland.

1. August: Beginn der Mobilmachung in Frankreich und im Deutschen Reich. Deutsche Kriegserklärung an Russland.

3. August: Deutsche Kriegserklärung an Frankreich. Neutralitätserklärungen Italiens und Rumäniens.

4. August: Deutscher Einmarsch in das neutrale Belgien. Kriegserklärung Großbritanniens an das Deutsche Reich.

5. August: Kriegserklärung Montenegros an Österreich-Ungarn.

6. August: Kriegserklärung Serbiens an das Deutsche Reich. Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Russland.

11. August: Kriegserklärung Frankreichs an Österreich-Ungarn.

12. August: Kriegserklärung Großbritanniens an Österreich-Ungarn.

23. August: Beginn der Schlacht von Kraśnik (bis 25. August). Erster Erfolg von k. u. k. Truppen.

Kriegserklärung Japans an das Deutsche Reich und Beginn der Belagerung von Tsingtau (Einnahme am 7. November 1914).

26. August: Beginn der Schlacht bei Komarów (bis 1. September). Sieg der k. u. k. Truppen.

27. August: Kriegserklärung Japans an Österreich-Ungarn.

2. September: Eroberung von Lemberg durch russische Truppen.

- 8. September: Zweite Offensive österreichisch-ungarischer Verbände gegen Nordwest- und Westserbien.
- 22. Oktober: Kriegseintritt des Osmanischen Reiches an der Seite der Mittelmächte.
- 16. November: Beginn der dritten österreichisch-ungarischen Offensive gegen Serbien.
- 1. Dezember: Schlacht bei Limanowa-Łapanów führt zum Rückzug zweier russischer Armeen (bis 15. Dezember).
- 2. Dezember: Einnahme Belgrads durch k. u. k. Truppen.
- 3. Dezember: Beginn der serbischen Gegenoffensive.
- 15. Dezember: Rückzug der letzten österreichisch-ungarischen Truppen von serbischem Gebiet.

1915

- 13. Januar: Ablösung des Grafen Leopold Berchtold durch Stephan Graf Burián von Rajecz als k. u. k. Minister des Äußern.
- 23. Januar: Winterschlacht in den Karpaten (bis Ende März). Schwere Verluste des österreichisch-ungarischen Heeres.
- 6. Februar: Rumänisch-italienisches Defensivbündnis.
- 22. März: Kapitulation der österreichisch-ungarischen Festung Przemyśl.
- 22. April: Erster Einsatz von Chlorgas durch deutsche Truppen im Gebiet von Ypern.
- 25. April: Beginn der alliierten Landungen im Dardanellengebiet (Halbinsel Gallipoli).
- 26. April: Londoner Vertrag zwischen Italien und der Entente.
- 2. Mai: Beginn der Durchbruchsschlacht von Tarnów-Gorlice.
- 4. Mai: Aufkündigung des Dreibundvertrages durch Italien.
- 7. Mai: Versenkung des britischen Passagierdampfers „Lusitania“ durch ein deutsches U-Boot.
- 23. Mai: Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn.
- 3. Juni: Przemyśl von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wieder erobert.
- 22. Juni: Lemberg von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wieder befreit.
- 23. Juni: Beginn der ersten Isonzoschlacht (bis 7. Juli).
- 17. Juli: Beginn der zweiten Isonzoschlacht (bis 10. August).
- 26. August: Beginn der „schwarz-gelben“ Offensive gegen Russland.

6. September: Abschluss einer Militärkonvention zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Bulgarien.

6. Oktober: Offensive deutscher und österreichisch-ungarischer Verbände gegen Serbien. Feststellung des gemeinsamen Ministerrats in Wien, wonach die nationale Struktur und der staatsrechtliche Aufbau Österreich-Ungarns keine Gebietserweiterungen vertragen würden.

8. Oktober: Eroberung von Belgrad.

14. Oktober: Kriegserklärung Bulgariens an Serbien.

18. Oktober: Beginn der dritten Isonzoschlacht (bis 5. November).

10. November: Beginn der vierten Isonzoschlacht (bis 11. Dezember).

25. November: Niederlage des serbischen Heeres auf dem Amselfeld (Kosovo polje). Rückzug der Serben über Montenegro nach Albanien (bis 26. Februar).

Dezember: Friedensinitiativen der sogenannten Meinl-Gruppe.

1916

4. Januar: Österreichisch-ungarische Offensive gegen Montenegro.

8. Januar: Räumung der Halbinsel Gallipoli durch die Alliierten.

11. Januar: Besetzung des Lovćen-Massivs (Montenegro) durch österreichisch-ungarische Truppen.

23. Januar: Bedingungslose Kapitulation Montenegros. K. u. k. Truppen beginnen den Einmarsch in Albanien.

21. Februar: Beginn der Schlacht um die Festung Verdun in Nordfrankreich.

29. Februar: Besetzung von Nordalbanien durch Verbände des k. u. k. Heeres abgeschlossen.

11. März: Beginn der fünften Isonzoschlacht (bis 16. März).

16. März: Schwere Kämpfe im Adamello-Gebiet, Sprengung des Col di Lana.

15. Mai: Beginn der österreichisch-ungarischen Südtiroloffensive („Strafexpedition“).

31. Mai: Seeschlacht im Skagerrak.

4. Juni: Beginn der russischen Sommeroffensive (Brusilov-Offensive). Bis 31. August schwere Verluste des k. u. k. Heeres.

6. bis 22. Juni: Blockade Griechenlands durch die Entente; am 21. Juni Demobilisierung der griechischen Armee.

16. Juni: Ende der Schlacht in Südtirol.

29. Juni: Erster Giftgaseinsatz österreichisch-ungarischer Truppen im Raum Görz.

4. August: Beginn der sechsten Isonzoschlacht (bis 17. August). Görz von italienischen Truppen erobert.
23. August: Kriegserklärung Italiens an das Deutsche Reich.
27. August: Kriegserklärung Rumäniens an Österreich-Ungarn. Beginn einer rumänischen Offensive gegen Siebenbürgen.
28. August: Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Rumänien.
- September: Schwere Versorgungsprobleme in der österreichischen Reichshälfte.
1. September: Kriegserklärung Bulgariens an Rumänien.
14. September: Beginn der siebten Isonzoschlacht (bis 17. September).
22. September: Beginn der Gegenoffensive deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen in Siebenbürgen.
9. Oktober: Beginn der achten Isonzoschlacht (bis 12. Oktober).
21. Oktober: Der k. u. k. Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh wird von Friedrich Adler erschossen. Nachfolger Stürgkhs wird Ernest von Koerber.
31. Oktober: Beginn der neunten Isonzoschlacht (bis 4. November).
5. November: Proklamierung eines selbstständigen Königreichs Polen durch das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn.
21. November: Tod Kaiser Franz Josephs I. Sein Nachfolger wird Kaiser Karl I.
6. Dezember: Eroberung von Bukarest durch Truppen der Mittelmächte.
12. Dezember: Friedensangebot der Mittelmächte an die Alliierten (am 30. Dezember abgelehnt).
18. Dezember: Vergeblicher Friedensaufruf des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson.
20. Dezember: Ottokar Graf Czernin neuer k. u. k. Minister des Äußern.

1917

Januar bis Mai: Vertrauliche Friedensangebote Kaiser Karls an die Alliierten durch Prinz Sixtus von Bourbon-Parma (vgl. 12. April 1918). Italien lehnt Verhandlungen über einen Sonderfrieden ab.

12. Januar: Kronrat unter dem Vorsitz Kaiser Karls: Integrität der Monarchie, weitgehende Existenzmöglichkeiten für Serbien, Annäherung an Russland; Status quo in der polnischen Frage.

1. Februar: Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs.

27. Februar: General der Infanterie Arz von Straußenburg löst Generaloberst Conrad von Hötzendorf als Chef des Generalstabes ab.

Bildung eines gemeinsamen Ernährungsausschusses für beide Reichshälften, der dem Kaiser direkt unterstellt ist.

12. März: Beginn der (bürgerlichen) Revolution in Russland.

15. März: Zar Nikolaj II. von Russland dankt ab.

6. April: Kriegserklärung der USA an das Deutsche Reich.

19. bis 21. April: Englisch-französisch-italienische Konferenz in Saint-Jean-de-Maurienne. Ein Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn wird abgelehnt.

23. April: Kriegszielbesprechung in Bad Kreuznach zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn

12. Mai: Zehnte Isonzoschlacht (bis 5. Juni).

15. Mai: Seegefecht in der Otrantostraße.

30. Mai: Wiederezusammentritt des österreichischen Reichsrats.

10. Juni: Italienische Offensive im Gebiet der Sieben Gemeinden (Ortigaraschlacht; bis 29. Juni).

15. Juni: Moritz Graf Esterházy Nachfolger Graf Tizsas als ungarischer Ministerpräsident.

27. Juni: Griechenland tritt der Entente bei.

29. Juni: Offensive des russischen Heeres in Weißrussland (Kerenskij-Offensive).

2. Juli: Kriegserklärung Griechenlands an das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und das Osmanische Reich.

Kaiser Karl erlässt eine Amnestie für politische Delikte.

Einsatz einer tschechischen Brigade bei Zborów im Rahmen der Kerenskij-Offensive.

16. bis 18. Juli: Bolschewistischer Aufstand in St. Petersburg scheitert.

20. Juli: Vertrag von Korfu zwischen Serben und Kroaten über die Errichtung eines Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen.

18. August: Beginn der elften Isonzoschlacht (bis 13. September).

24. Oktober: Beginn der zwölften Isonzoschlacht. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erzielen einen Durchbruch bei Flitsch und Tolmein. In der Folge Vormarsch bis an den Piave.

7. November: Beginn der bolschewistischen Revolution in Russland.

20. bis 29. November: Alliiertes Großangriff bei Cambrai mit „Tanks“.

3. Dezember: Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Russland (Waffenstillstand am 15. Dezember. Beginn von Friedensverhandlungen am 22. Dezember).

7. Dezember: Kriegserklärung der USA an Österreich-Ungarn.

Waffenstillstand zwischen den Mittelmächten und Rumänien in Focşani.

1918

3. bis 25. Januar: Streikbewegung in Österreich-Ungarn. Nach und nach sind über 700.000 Arbeiter im Ausstand.

6. Januar: „Dreikönigsdeklaration“ der tschechischen Abgeordneten zum österreichischen Reichsrat.

8. Januar: Friedensbotschaft von US-Präsident Wilson („14 Punkte“).

1. Februar: Matrosenrevolte im k. u. k. Kriegshafen von Cattaro. Nach der Niederschlagung vier Todesurteile vollstreckt.

9. Februar: Friedensvertrag der Mittelmächte mit der Ukrainischen Volksrepublik.

28. Februar: K. u. k. Truppen beteiligen sich am Einmarsch in die Ukraine.

Ende Februar: Kaiser Karl will die 14 Punkte Wilsons mit Einschränkungen anerkennen.

3. März: Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und Russland.

14. März: Besetzung Odessas durch Verbände der Mittelmächte.

21. März: Deutsche Frühjahrsoffensive in Belgien und Frankreich (bis 17. Juli).

1. April: Der erste Luftpostverkehr der Welt wird auf der Strecke Wien–Olmütz–Krakau–Lemberg–Kiew aufgenommen.

8. April: Kongress der unterdrückten Völker (Österreich-Ungarns) in Rom (bis 11. April).

12. April: Der französische Ministerpräsident Clemenceau veröffentlicht den (ersten von zwei) „Sixtusbriefen“. Kaiser Karl leugnet ihn ab. Der Minister des Äußern, Czernin, tritt zurück.

25. April: Heimkehrermeutereien in Böhmen, Mähren und Galizien (bis 5. Juli).

7. Mai: Abschluss des Friedensvertrages von Bukarest zwischen den Mittelmächten und Rumänien.

12. Mai: Kaiser Karl in Spa: Vereinbarung über ein enges politisches, militärisches und wirtschaftliches Bündnis mit dem Deutschen Reich.

Meutereien in Judenburg, Murau, Fünfkirchen, Rumburg und Radkersburg (bis 24. Mai).

30. Mai: Vertrag von Pittsburgh (USA) zwischen dem tschechischen Emigrantenführer T. G. Masaryk und amerikanischen Slowakenführern.

10. Juni: Versenkung des k. u. k. Großkampfschiffes „Szent István“ vor der Insel Premuda.

15. Juni: Beginn der Piaveoffensive. Die letzte Offensive des k. u. k. Heeres scheitert innerhalb von Tagen.

6. Juli: Beginn der alliierten Offensive in Albanien.

17. Juli: Zar Nikolaj II. wird mit seiner Familie von Bolschewisten erschossen.
8. August: Schlacht von Amiens (bis 11. August). Beginn des Zusammenbruchs der deutschen Front in Frankreich.
9. August: Anerkennung der Tschechoslowakei als kriegführende Nation durch Großbritannien.
14. September: Friedensnote Kaiser Karls „An alle“.
15. September: Alliierte Offensive an der Mazedonienfront (bis 29. Oktober).
18. September: Beginn der alliierten Offensive in Palästina.
26. September: Masaryk proklamiert in Paris einen selbstständigen tschechoslowakischen Staat.
29. September: Waffenstillstand zwischen Bulgarien und den Alliierten.
- Generalfeldmarschall Hindenburg verlangt von der deutschen Reichsregierung Schritte zum Abschluss eines Waffenstillstands.
1. Oktober: Beginn der Räumung Albaniens durch österreichisch-ungarische Truppen.
3. Oktober: Beginn der Räumung Serbiens durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen.
- Friedensnote Österreich-Ungarns an US-Präsident Wilson.
6. Oktober: Konstituierung eines Nationalrats der Slowenen, Kroaten und Serben in Zagreb.
14. Oktober: Konstituierung einer tschechoslowakischen Regierung in Paris.
16. Oktober: Völkermanifest Kaiser Karls.
18. Oktober: Wilson lehnt die österreichisch-ungarische Friedensnote ab.
21. Oktober: Konstituierung einer provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs.
23. bis 26. Oktober: Besuch des Kaiserpaars Karl und Zita in Debrecen. Der ungarische Reichstag beschließt die Bildung eines Nationalrats.
24. Oktober: Beginn der alliierten Offensive am Piave.
- Rücktritt Buriáns. Graf Gyulá Andrassy d. J. wird letzter k. u. k. Minister des Äußern.
27. Oktober: Bildung der letzten kaiserlich-österreichischen Regierung unter Heinrich Lammasch.
28. Oktober: Proklamation eines selbstständigen tschechoslowakischen Staates in Prag.
- Anschluss der polnischen Gebiete Österreich-Ungarns an den polnischen Staat.
30. Oktober: Einrichtung eines provisorischen Staatsrats und einer deutschösterreichischen Regierung.
31. Oktober: Übergabe eines Großteils der k. u. k. Kriegsmarine an den südslawischen Staat.

Der ehemalige ungarische Ministerpräsident István Graf Tisza wird ermordet.

1. November: Versenkung des (ehemaligen) k. u. k. Flaggenschiffes „Viribus Unitis“ durch italienische Haftminen.

Bildung einer selbstständigen ungarischen Regierung unter Graf Mihály Károlyi. Serben besetzen Belgrad.

2. November: Rücktritt des letzten österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern Graf Andrassy.

3. November: Abschluss des Waffenstillstands zwischen Österreich-Ungarn und den Alliierten in der Villa Giusti (am 4. November in Kraft getreten).